

---

# Hinweise und Kommentare zu den Unterrichtsmaterialien für Lehrerinnen und Lehrer

## Kommentare zu Arbeitsblatt M1:

### Widerstand gegen das NS-Regime – Begriffsdefinition

Bis heute ist eine genaue Definition dessen, was unter Widerstand zu verstehen sei, in der historischen Fachwissenschaft umstritten. Viele Historiker haben sich daran versucht, Widerstand gegen das NS-Regime zu definieren. Die Modelle dazu sind vielfältig; sie sind auch immer aus der Zeit ihrer Entstehung heraus zu beurteilen. Hierzu der Historiker WOLFGANG BENZ:

„Auch die Historiker haben Probleme mit der Definition von Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In der Bundesrepublik herrschte lange Zeit die Vorstellung, es sei ein Widerstand ohne Volk gewesen, den nur wenige Angehörige traditioneller Eliten geleistet hätten, während „das Volk“ in Begeisterung zum Regime verharrete. In der DDR wurden hingegen die Aktionen der Kommunisten als alleingültiger Antifaschismus glorifiziert. Um die Verweigerung, die sich im Kampf um Kreuzfixe in den Schulen, in der Vermeidung des ‚Heil-Hitler-Grußes‘ oder durch das Hören ausländischer Rundfunksender ausdrückte, um schließlich alle Haltungen von Opposition in den Widerstand einzubeziehen, wurde der Begriff ‚Resistenz‘ eingeführt. Ihm waren folgende Merkmale zugeordnet: ‚Wirksame Abwehr, Begrenzung, Eindämmung der NS-Herrschaft oder ihres Anspruchs, gleichgültig von welchen Motiven, Gründen und Kräften her‘ (MARTIN BROSZAT). Diese Begriffsbestimmung aus den frühen 80er Jahren hat sich nicht durchgesetzt. Der schwerwiegendste Einwand dagegen lautet, dass fast jedes nicht regimekonforme Alltagsverhalten, ohne Rücksicht auf die Motive, unter diesen ‚erweiterten Widerstandsbegriff‘ falle, dass somit jeder, der dem NS-Regime nicht ständig Beifall spendete, schon Widerstand geleistet hätte (ANDREAS HILLGRUBER).

Um der damaligen Wirklichkeit zu entsprechen und um den verschiedenen Formen von Opposition gerecht zu werden, ist Widerstand im eigentlichen Sinne nicht nur als Haltung zu definieren, sondern als Handeln, das auf

grundsätzlicher Ablehnung des Nationalsozialismus beruhte, das aus ethischen, politischen, religiösen, sozialen oder individuellen Motiven darauf abzielte, zum Ende des Regimes beizutragen. Voraussetzung und Anlass war eine Haltung von ‚Dissens zum NS-Regime‘ (IAN KERSHAW) oder von ‚weltanschaulicher Dissidenz‘ (RICHARD LÖWENTHAL). Widerstand wurde daraus, wenn diese Haltung sich zur Absicht verdichtete, eine Änderung der Verhältnisse herbeizuführen. Widerstand im eigentlichen Sinne war dann jeder ‚bewusste Versuch, dem NS-Regime entgegenzutreten‘ (CHRISTOPH KLEBMANN) und die damit verbundenen Gefahren auf sich zu nehmen.“

Es gibt also zahlreiche Varianten eines engeren oder weiteren Widerstandsbegriffes, die sich z. T. auch in der fachdidaktischen Diskussion und in der praktischen Umsetzung z. B. auf der Ebene der Schulbücher und Unterrichtsmaterialien widerspiegeln. Es wird daher hier auch auf die Favorisierung eines Modells verzichtet. Materialien und Aufgabenstellungen des Arbeitsblattes bieten den Schüler/innen stattdessen die Möglichkeit, die Bandbreite widerständigen Verhaltens und seiner Interpretationen kennenzulernen, einzuordnen und kritisch zu reflektieren. Das Arbeitsblatt kann sowohl zu Beginn einer Unterrichtseinheit zum Widerstand als auch zu einem späteren Zeitpunkt (nachdem bereits konkrete Beispiele des Widerstands behandelt wurden) eingesetzt werden. Auch wenn immer die Gefahr einer unangemessenen Hierarchisierung des Widerstands besteht, so wurde hier bei den abgedruckten Materialien doch auf eines der existierenden Stufenmodelle (nach D. PEUKERT) zurückgegriffen, weil es die unterschiedliche Qualität und Intensität von widerständigem Verhalten und auch Entwicklungsschritte widerständiger Personen verdeutlichen kann. Aufgrund des u. a. durch die vielen Fachbegriffe und Abstraktionen allein schon sprachlich anspruchsvollen Textmaterials wird die Behandlung in leistungsstärkeren Gruppen der Abschlussklassen der Sekundarstufe I und Kursen der gymnasialen Oberstufe empfohlen; gleichwohl wird die Lehrkraft bei der Klärung der Begriffe eine Hilfestellung anbieten müssen.

### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Diese Aufgabe dient der zusammenfassenden Auswertung des Einführungstextes und des grundlegenden Textes von A. ULRICH, zunächst einmal im Sinne einer Sammlung der verschiedenen Formen widerständigen Verhaltens (z. B. in einer Tabelle) und der Erläuterung ihrer Charakteristika.

Zu 2) Anders als in der Tabelle von Aufgabe 1 sollen die Schüler/innen hier Strukturen erkennen und Zusammenhänge herstellen und sie verschiedenen Stufen widerständigen Verhaltens zuordnen. Zugleich soll in einem Gruppengespräch die Problematik solcher notwendigerweise vereinfachender Visualisierungen diskutiert und damit ein Problembewusstsein zur Definition von Widerstand entwickelt werden.

Zu 3) Dieses Foto wird in vielen Publikationen zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus als Illustration verwendet. Entscheidend bei dieser Aufgabe ist nicht, dass die Schüler/innen das „Nicht-Grüßen“ des Mannes „richtig“ einordnen, sondern die Begründung, die sie für Ihre Wahl abgeben. Diese Aufgabe soll zum Nachdenken darüber anregen, dass neben grundsätzlichen oder punktuellen Abweichungen von den Zielen des Nationalsozialismus bis hin zu entschiedenem Widerspruch und massiver Ablehnung des Regimes vor allem auch die Lebenswirklichkeit des Einzelnen das jeweilige Verhalten immer bestimmte. Effektive Widerstandshandlungen setzten neben der grundsätzlichen Bereitschaft hierzu nicht nur Mut und Risikobereitschaft voraus, sondern auch das Vorhandensein realer Möglichkeiten.

Zu 4) Diese anspruchsvollere Aufgabe, die etwa in Kursen der gymnasialen Oberstufe behandelt werden könnte, soll einerseits die Fähigkeit zur Differenzierung schulen, andererseits verdeutlichen, dass unterschiedliche Handlungen unter je unterschiedlichen Rahmenbedingungen vom NS-Regime oder von den Akteuren widerständigen Verhaltens unterschiedlich bewertet werden können.

Zu 5) Der jüdische Sozialdemokrat Fritz Bauer, der die NS-Zeit in KZ und Emigration verbrachte, war ab 1956 hessischer Generalstaatsanwalt in Frankfurt am Main, einer der wenigen Juristen ohne Karriere im Dritten Reich. Die meisten ehemaligen NS-Beamten, darunter die des Justizapparats, zeigten nach dem Krieg keinerlei Schuldbewusstsein gegenüber den NS-Verbrechen, da man als Beamter dem NS-Staat, d. h. Hitler, verpflichtet gewesen sei. Ehemalige SS-Beamte pochten

in der jungen Bundesrepublik mit größter Selbstverständlichkeit auf Wiedereinstellung oder ihre Beamtenrente.

Fritz Bauer kämpfte dagegen für ein allgemeines Recht auf Widerstand bei Verbrechen des Staats. Für ihn galt nicht allein der in der Bundesrepublik gefeierte konservative Widerstand der Männer des 20. Juli 1944 als aner kennenswert, sondern er bezog auch den kommunistischen Widerstand mit ein. Dessen teilweise Anerkennung blieb später der 68er Bewegung vorbehalten. Fritz Bauer brachte den berühmten Frankfurter Auschwitz-Prozess in Gang (1963–1965) und bereitete gerade einen Prozess gegen die juristischen Schreibtischtäter der sogenannten „Euthanasie“ vor, als er 1968 unter ungeklärten Umständen starb.

Fritz Bauer glaubte daran, dass sich Gegenwart und Zukunft im Sinne von Recht und Gerechtigkeit gestalten ließen, weil letztendlich alle Menschen das richtige, das wahre Recht suchen. Man kann dies als seine Lebensmaxime bezeichnen, jedenfalls aber war es Bauers Umschreibung für seinen unermüdlichen Kampf um Freiheit und Menschenrechte. Nur die Menschenrechte boten ihm die Gewähr, dass sich Auschwitz nicht mehr wiederhole. Es ging ihm um die Zukunft.

Mittels der Auseinandersetzung mit der Figur von Fritz Bauer und seiner Aussage sollen die Schüler/innen die Frage diskutieren, inwieweit die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus bzw. dem Widerstand gegen das NS-Regime für unsere Gegenwart noch von Bedeutung ist. Die Auseinandersetzung mit dem gegen das NS-Regime geleisteten Widerstand als Kampf für die Menschenrechte soll den Blick auch auf aktuelle Menschenrechtsverletzungen und die Erziehung und Bildung zu Demokratie und Toleranz lenken.

### Literaturhinweise

WOLFGANG BENZ, Geschichte des Dritten Reiches. München 32005

MICHAEL KIBENER, Das Dritte Reich (Kontroversen um die Geschichte), Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2005

DETLEV PEUKERT, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde: Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus. Köln 1982 (Schau bild, S. 97)

AXEL ULRICH, Widerstand auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz – ein Überblick (im Textteil dieser Publikation)

### Quellennachweis

Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin

## Kommentare zu Arbeitsblatt M2:

### Kommunistischer Widerstand – ein Überblick

Die Entscheidung den Widerstand aus Kreisen der Kommunisten hier chronologisch an die erste Stelle zu setzen folgt dem überwiegenden Teil der wissenschaftlichen Veröffentlichungen und didaktischen Materialien. Sie entspricht im Übrigen auch der Tatsache, dass die Kommunisten nicht nur zeitlich die Ersten waren, die Widerstand leisteten, sondern auch aufgrund der Rahmenbedingungen die höchste Zahl an Opfern zu beklagen hatten. Damit ist natürlich keine – und schon gar keine moralisch-ethische Bewertung dieser oder anderer Widerstandsgruppen verbunden.

### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Hier wird erwartet, dass die Schüler/innen die besonderen Gefahren des frühen Widerstands nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten 1933 und die daraus und aus den offenen Formen des Widerstands resultierenden hohen Verhaftungsquoten nennen und erläutern können. Wichtig sind schon an dieser Stelle Hinweise auf die Organisation des Widerstands aus dem Exil, insbesondere durch die grenznahen Stützpunkte und Abschnittsleitungen. Es sollten der regionale Schwerpunkt der widerständigen Kommunisten in Südwestdeutschland und die wichtigsten Städte wie Ludwigshafen, Worms, Speyer usw. genannt werden.

Zu 2) Der zugrunde liegende Auszug des wissenschaftlichen Beitrags von Axel Ulrich macht deutlich, dass es aufgrund der hohen Risikobereitschaft der kommunistischen Widerstandskämpfer und der hierarchischen Struktur der illegalen Parteiorganisation der Gestapo schon früh gelang, in diese Strukturen einzudringen und die regionalen Parteiorganisationen auszuschalten.

Zu 3) Die relativ hohen Auflagenzahlen der illegalen Zeitungen und Druckschriften und ihre überregionale Verbreitung spielten am Anfang der kommunistischen Widerstandstätigkeit eine wichtige Rolle, einmal um die Existenz des Widerstands zu belegen und seinen potenziellen Anhängern Hoffnung zu machen, zum Anderen aber auch, um Gegenpositionen zum NS-Regime in der (arbeitenden) Bevölkerung zu verbreiten. Ab Mitte der 1930er Jahre spielte diese Propaganda mit Hilfe von Printmedien aufgrund der Zerschlagung der illegalen Parteiorganisationen praktisch keine Rolle mehr, wiewohl der Zusammenhalt zwischen den kommunistischen Anhängern bei entsprechenden Anlässen

immer wieder demonstriert wurde, wie die zeitlich späteren Lageberichte der Gestapo belegen.

Zu 4) Die Schüler/innen (in leistungsstarken Gruppen der SI oder in Kursen der SII) können zunächst eine weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der Beschreibung und Bewertung der Widerstandstätigkeit zwischen Primärquelle (Gestapo-Berichte) und Sekundärquelle (wiss. Text) feststellen. Der Auszug aus den Gestapo-Lageberichten bietet darüber hinaus weitere Details und Informationen zu den späteren 1930er Jahren.

Zu 5) Die Schüler/innen sollten den charakteristischen Zeitungskopf erkennen, der schon auf den ersten Blick das Bemühen um Kontinuität i. S. einer Fortführung des Zentralorgans der KPD auch vom Ausland aus sichtbar macht. Typisch erscheint auch die Hauptschlagzeile, die einerseits die Kriegspolitik Hitlers (entgegen seinen öffentlichen Verlautbarungen) zu entlarven versucht, andererseits deutlich die Hauptzielgruppe der Arbeiter („Werkstätige“) anspricht. Das einfache Layout und die fehlenden Abbildungen verweisen auf die schwierigen Produktionsbedingungen in Zeiten des Exils.

Zu 6) Die Hausaufgabe ermöglicht einen Blick auf die unterschiedlichen Zeitungen und Druckschriften der KPD nicht nur während der illegalen Widerstandstätigkeit aus dem Exil, sondern auch auf ihre Entwicklung seit den Zeiten der Weimarer Republik. Die hierzu notwendigen Informationen sind mit Hilfe einschlägiger Lexika und entsprechender Websites im Internet leicht und schnell zu recherchieren.

### Literaturhinweise

KLAUS J. BECKER, Die KPD in Rheinland-Pfalz 1946 – 1956. Mainz 2001 (darin Kapitel: Die KPD in der Illegalität zwischen 1933 und 1945, S. 56 – 77)

KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Kommunistischer Widerstand 1933 – 1945. Anmerkungen zu Forschungsstand und Forschungsdefiziten, in: PETER STEINBACH/JOHANNES TUCHEL (HRSG.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1994, S. 113 – 125

JÜRGEN STROECH, Die illegale Presse. Eine Waffe im Kampf gegen den deutschen Faschismus. Ein Beitrag zur Geschichte und Bibliographie der illegalen antifaschistischen Presse 1933 bis 1939. Frankfurt/M. 1979

AXEL ULRICH, Widerstand auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz – ein Überblick (im Textteil dieser Publikation)

HERMANN WEBER, Die KPD in der Illegalität, in: RICHARD LÖWENTHAL/PATRIK VON ZUR MÜHLEN (HRSG.), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945. Berlin, Bonn 1984, S. 83 - 101

### Quellennachweise

Abb.1- Karl-Liebknecht-Haus: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin; Abb. 2 – Herbert Wehner: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD); Abb. 3 – Jakob Newinger: privat; Abb. 4 – Titelseite „Rote Fahne“: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

### Kommentare zu Arbeitsblatt M3:

#### Kommunistischer Widerstand – Philipp Wahl (Rhein Hessen)

Ergänzend zu diesem beschäftigt sich ein weiteres Arbeitsblatt (M 19) mit dem Einheitsverband der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer sowie dessen Verbandsorgan „Die Schifffahrt“. Hier findet man weitere Informationen zur Organisationsstruktur des Verbandes, in dem Philipp Wahl Mitglied war. Für die Bearbeitung des Arbeitsauftrages 2 ist es erforderlich auch die Karte von Seite 275 für die Schüler/innen zu kopieren.

#### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Die erste Aufgabe dient der Strukturierung, um den Schüler/innen die Möglichkeit zu geben, sich einen Überblick über die Lebensstationen Wahls zu geben. Ein mögliches Auswertungsergebnis:

- 15.1.1913 Wahl wird in Stuttgart geboren
- Lehre in einem Bauhüttenbetrieb
- 1931 Wahl heuert als Schiffsjunge auf einem Rheinschiff an
- 1932 Eintritt in die KPD und in die kommunistische Gewerkschaft, Beginn seiner illegalen Tätigkeit als Kurier
- März 1933 Verhaftung in Worms, brutales Verhör, Krankenhausaufenthalt
- März 1933 bis Ende 1933 „Schutzhaft“ im KZ Osthofen
- 1934 bis Ende 1938 wiederum Tätigkeit als konspirativer Kurier
- 1938 Zwangsrekrutierung, Arbeit als Stuckateur in Berlin
- 1939 Einberufung in die Wehrmacht
- 1944 Schwere Verwundung an der Ostfront
- Nach dem Krieg bis zu seinem Tod 2009 lebt Wahl in Worms

Zu 2) und 3) Philipp Wahl war in eine Gruppe von fünf Personen eingebunden. Alle kannten verschiedene Verbindungsmänner und – frauen an mehreren Orten entlang des Rheins. Genannt werden folgende Orte: Mannheim, Karlsruhe, Nierstein und Kaub. Am Beispiel des Verbindungsmannes in Kaub erkennen die Schüler/innen den weiteren Fortgang: Die Materialien werden dort angenommen und dann weiter ins Landesinnere geschleust, – in diesem Fall in den Hunsrück und den Westerwald. Die Zentrale der Gewerkschaft befand sich in Rotterdam (und somit im zunächst noch vergleichsweise sicheren Ausland, das Schiff, auf dem Wahl angeheuert hatte, gehörte einer belgischen Reederei). Die Widerstandstätigkeit war trotzdem gefährlich, wie sich an Wahls eigenem Schicksal deutlich zeigt. Entsprechend der Aufgabenstellung sollten vier unterschiedliche Farben bzw. Unterstreichungen gewählt werden. Zu unterscheiden sind die verschiedenen Lebensstationen, Kontaktpersonen, die Zentrale der Gewerkschaft sowie die Gebiete, in die das illegale Material geschleust wurde.

Die Vorteile für die antinazistische Widerstandstätigkeit sollten den Schüler/innen beim Betrachten der Karte (S. 276) klar werden: Die Rheinschiffer durchfahren von den Niederlanden aus Deutschland in seiner gesamten Länge. Die Rheinschiffe waren recht groß, was die Schmuggeltätigkeit erleichterte. Den Schiffern war es somit möglich, eine Fülle illegalen Materials quer durch Deutschland unerkannt abzusetzen.

Ergänzend zu dem, was Wahl hier als „Material“ bezeichnet, hat er CHRISTINE HARTWIG-THÜRMER genauer berichtet, welche Materialien entlang des Rheins an die Verbindungsmänner weitergegeben wurden:

„Wir hatten auch die Aufgabe, Materialien nach Deutschland zu schleusen. Von dem Tag der Machtübergabe an die Nazis an begann die Verteilung von Flugschriften, die informierten und zum Widerstand aufriefen. Ich kann mich noch schön erinnern, da gab's Papier, feinstes Reispapier, das konnte man sogar essen, wenn es notwendig war. Aber da gab es auch so schöne Reclamhefte. Da stand vorne drauf „Don Carlos“ und innen hat man zwei Seiten Don Carlos gelesen, und dann (einen Bericht) über den Reichstagsbrand. Später hatte ich (auf dem Schiff) eine große Kiste, in der ich die Materialien in verschiedene Städte geschleust habe.“

Zu 4) Die Aufgabe beinhaltet ein zusätzliches Angebot und soll an zuvor Gelerntes anknüpfen, indem das Wissen über die Endphase der Weimarer Republik aufgefrischt wird.

## Literaturhinweise

CHRISTINE HARTWIG-THÜRMER, Philipp Wahl – ein ehemaliger Häftling des KZ Osthofen berichtet. In: Mainzer Geschichtsblätter 13 (2004), S. 24 – 35  
HOMEPAGE DER LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG RHEINLAND-PFALZ – Nachruf Philipp Wahl. [www.politische-bildung-rlp.de/525.html](http://www.politische-bildung-rlp.de/525.html).

## Quellenachweise

Foto Philipp Wahl: NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz

Auszug aus einem Brief von Philipp Wahl an Angelika Arenz-Morch aus dem Jahre 1997 (o. genaues Datum): NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz

## Kommentare zu Arbeitsblatt M4:

### Kommunistischer Widerstand – Luise Ott (Rheinhausen)

1950 stellte Luise Ott einen Wiedergutmachungsantrag wegen Freiheitsentzugs und Schäden an Körper und Gesundheit. Dieser wurde mit der Begründung abgelehnt, dass kein ursächlicher Zusammenhang zwischen nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen und ihren erlittenen Gesundheitsschäden festzustellen sei. Ergebnis nach 23 Jahre währenden Auseinandersetzungen war eine sogenannte Härteausgleichsleistung in Höhe von 1.000,- DM. Außerdem war ihr 1958 eine kleine Rente in Höhe von 100,- DM monatlich wegen Schadens im beruflichen Fortkommen bewilligt worden.

In dem Beitrag von ANGELIKA ARENZ-MORCH, „Politischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Rheinhausen“, werden die Lebensläufe von Luise Ott und Elisabeth Groß dargestellt. Vor dem Hintergrund dieser Informationen wäre folgende zusätzliche Aufgabengabenstellung möglich:

Vergleiche die Lebensläufe von Elisabeth Groß und Luise Ott. Worin bestand deren politisches Engagement? Was resultierte daraus für ihr privates Leben?

## Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Luise Ott organisierte maßgeblich das Informations- und Agitationsnetz der KJVD im Rhein-Main-Gebiet: Sie war Kontaktperson für Mitglieder, warb neue Mitstreiter an, verkaufte und verteilte antinazistische Flugschriften und stellte deren Weiterverbrei-

tung sicher. Hierzu verpflichtete sie Personen für Schreibarbeiten usw. und stellte Verbindungen zu Unterverteilern her, organisierte konspirative Treffen und knüpfte Kontakte zu Informanten in den umliegenden Großbetrieben.

Zu 3) Luise Ott widmete sich vollends ihrer politischen Überzeugung. Familienangehörige halfen ihr durch Gewährung von Unterkunft wiederholte Male, wodurch diese aber auch selbst in Gefahr gebracht wurden. Die auf ihrer Flucht erlittenen Verletzungen, ihre Internierung und das Leben im Untergrund haben ihre Gesundheit schwerstens beeinträchtigt.

## Literaturhinweise

ANGELIKA ARENZ-MORCH, Politischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Rheinhausen (im Textteil dieser Publikation)

ARNOLD BUSCH, Widerstand gegen den Faschismus in der Mainspitze. In: CHRISTINE HARTWIG-THÜRMER, Ginsheim – Gustavsburg – Bischofsheim 1933 – 1945. Die Mainspitze unterm Hakenkreuz. Frankfurt a. Main, 1989, S. 83 ff.

ARNOLD BUSCH, Mit Flugblättern gegen den braunen Terror. Widerstand gegen den Faschismus in der Mainspitze. In: Mainzer Geschichtsblätter 5 (1989), S. 73 – 82

BARBARA STEPHAN, Verfolgung nach der Verfolgung. Die Entschädigungssache Luise Ott. Fakten aus dem Leben einer Illegalen. In: informationen, Studienkreis Deutscher Widerstand 1933 – 1945, Heft 52, Frankfurt a. Main, 2000, S. 27 – 31

## Quellenachweise

Foto Luise Ott: NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz; Abb. 2 – KPD-Flugblatt: Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945, Frankfurt a. Main, AN 886

## Kommentare zu Arbeitsblatt M5:

### Antinazistische Flugschriften

Diese Aufgaben eignen sich zur Projektarbeit oder als längerfristige Hausaufgabe. Erlass und Inhalt der „Notverordnung“ sollten vor Beginn der Bearbeitung behandelt worden sein. Über die inhaltliche Analyse von Flugblättern hinaus soll den Schüler/innen die Einsicht vermittelt werden, wie schwierig es ohne moderne technische Hilfsmittel war, im Verborgenen Flugblätter herzustellen und zu verbreiten.

### **Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen**

Zu 1) Der Tenor des Flugblatts ist dem Aufruf Karl Liebknechts: „Generalsturm auf Spartakus. Nieder mit den Spartakisten“, abgedruckt in der „Roten Fahne“ vom 15. Januar 1915, entlehnt. Damit stellt sich die Gruppe bewusst in die Tradition der linken marxistischen Arbeiterbewegung um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

### **Literaturhinweise**

ANGELIKA ARENZ-MORCH, Politischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Rheinhessen – ein Überblick (Beitrag in diesem Band)

ARNOLD BUSCH, Widerstand gegen den Faschismus in der Mainspitze. In: CHRISTINE HARTWIG-THÜMER, Ginsheim – Gustavsburg – Bischofsheim 1933 – 1945. Die Mainspitze unterm Hakenkreuz. Frankfurt/M., o. J., S. 83 ff.

ARNOLD BUSCH, Mit Flugblättern gegen den braunen Terror. Widerstand gegen den Faschismus in der Mainspitze. In: Mainzer Geschichtsblätter 5 (1989), S.73 ff.

### **Quellennachweis:**

Flugblatt: Hessisches Staatsarchiv Darmstadt G12, Nr. 21

### **Kommentare zu Arbeitsblatt M6:**

### **Kommunistischer Widerstand – die Speyerer Kameradschaft (Pfalz)**

Thälmanns Rolle als KPD-Führer während der Weimarer Republik sowie dann als Verfolgter des NS-Regimes war durchaus zwiespältig: Einerseits war er natürlich ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus und wurde von diesem auch entsprechend behandelt: So blieb er elf Jahre in Haft, bis er am 18. August 1944 im KZ Buchenwald liquidiert wurde. Die NS-Propaganda behauptete jedoch später, er sei bei einem Bombenangriff ums Leben gekommen. Andererseits war Thälmann stets ein treuer Gefolgsmann Stalins gewesen und hatte die KPD auf einen politischen Kurs gebracht, der von unbedingter Treue Moskau gegenüber geprägt war. Unter Thälmanns Leitung hatte sich die KPD vor allem auf die politische Bekämpfung der SPD konzentriert, deren Mitglieder von ihr in Übereinstimmung mit Stalin als „Sozialfaschisten“ diffamiert worden sind. In der DDR, wo Thälmann zum Inbegriff des kommunistischen Widerstands stilisiert worden ist, hatte man die Jugendorganisation „Junge Pioniere“ in „Pionierorga-

nisation Ernst Thälmann“ umbenannt. Deren Mitglieder hatten sich mit dem Thälmann-Gruß „Seid bereit – immer bereit“ zu grüßen.

### **Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen**

Zu 2) Das Radio war eines der wichtigsten Propagandainstrumente im Dritten Reich. Mit dem preiswerten „Volksempfänger“ sollte es jeder Familie ermöglicht werden, Rundfunk zu hören – „ganz Deutschland hört den Führer mit dem Volksempfänger“, lautete die Parole. Technisch war es jedoch möglich, mit diesem Gerät auch ausländische Sender zu empfangen. Daher wurde mit Beginn des Polenfeldzugs das Abhören von „Feindsendern“ unter Strafe gestellt. Das Radio war das einzige Medium, mit dem relativ problemlos unabhängige Nachrichten zu empfangen waren, die nicht unter die staatliche Zensur fielen und damit vergleichsweise objektive Informationen z. B. über das Kriegsgeschehen versprachen. Beliebt war etwa der „German Service“ der BBC. Auch kulturell stellten Feindsender aus Sicht der Nazis eine Gefahr dar, galt doch besonders die amerikanische Jazzmusik als degeneriert.

### **Literaturhinweis**

JAN STORRE, Zwangsarbeiter in Speyer. In: Zwangsarbeit in Rheinland-Pfalz während des Zweiten Weltkriegs. Hrsg. v. Hedwig Brüchert, Michael Matheus. Mainz 2002, S. 103 – 112

### **Quellennachweis**

Foto Jakob Schultheis: privat

### **Kommentare zu Arbeitsblatt M7:**

### **Kommunistischer Widerstand – Georg Lechleiter (Pfalz)**

Seit Mitte der 1930er Jahre war der organisierte Widerstand der KPD durch zahlreiche Verhaftungen und Massenprozesse erheblich geschwächt. Georg Lechleiter gelang es, trotz der massiven Verluste, die Verbindungen zwischen den einzelnen kleinen Widerstandszellen erneut zu knüpfen. Dadurch bestand zu Beginn des Krieges im Raum Mannheim eine relativ starke kommunistische Organisation mit zahlreichen Kontakten in der Pfalz und in Baden. Zur illegalen Arbeit gehörte u. a. das Sammeln von Spenden zur Unterstützung der Familien Inhaftierter, das Auswerten der Nachrichten, die man beim Hören ausländischer

Sender erhielt, das Sammeln von Informationen zur Lage und Stimmung in den Betrieben und die Herstellung von Kontakten zu französischen Kriegsgefangenen.

Im September 1941 konnten die Mannheimer Kommunisten dazu übergehen, eine eigene, im Untergrund gedruckte Zeitung „Der Vorbote“ herauszugeben, für die Lechleiter fast alle Artikel schrieb. Das Geld für den Kauf des Papiers, der Matrizen und der Farbe wurde in den Mannheimer Betrieben gesammelt. Zum Teil wurde die Zeitung im Raum Mannheim-Heidelberg-Ludwigshafen in den Betrieben verteilt, zum Teil auch an zuverlässige Adressen in der Pfalz und in Südbaden mit der Post verschickt.

Am 26. Februar 1942 kam es zu ersten Verhaftungen. Alle Festgenommenen wurden in den Verhören schwer misshandelt. Dem ersten Prozess, aus dessen Urteil hier zitiert wird, folgte noch ein weiterer. Insgesamt wurden 19 Personen hingerichtet, drei weitere überlebten die Ermittlungsphase nicht. Obwohl Lechleiters Helfer durchaus unterschiedlich stark in den Herstellungsprozess eingebunden waren, war der Volksgerichtshof darum bemüht, für alle Angeklagten unterschiedslos hohe Strafen zu verhängen.

### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Hier geht es zunächst darum, dass die Schüler/innen das Strafmaß zur „Straftat“ in Bezug setzen können. Die nötigen Informationen finden sie im Autorentext sowie im ersten Quellentext.

Zu 2) Die Zeilen 39 bis 46 sprechen deutliche Worte: Der Zusammenschluss zu einer Organisation, die plante, die „durch den Krieg geschaffene Notlage des deutschen Volkes auszunutzen“, um Hitler zu stürzen und eine kommunistische Ordnung zu etablieren. Weiter geben die Richter in den Zeilen 84 bis 88 an, dass der „stärkste verbrecherische Wille“ der Angeklagten sie zu einem harten Strafmaß bewogen hätten. Konkreter wird in den Zeilen 91 bis 93 auf die „Lähmung des Siegeswillens“ und die „Schwächung der Wehrkraft“ hingewiesen, die besonders hart bestraft werden müsse. Zu betonen ist hierbei, dass die Richter zwischen dem „Volk“, welches es zu schützen gilt, und den „Volkschädlingen“, die durch diesen Prozess unschädlich gemacht werden sollen, unterschieden.

Zu 3) Der Arbeitsauftrag zielt auf den Unterschied zwischen Legalität und Legitimität. Das Volksgerichtsurteil mag sich zwar auf geltendes Recht berufen, ist aber dennoch Unrecht. Zunächst handelt es sich hierbei um einen massiven Eingriff in freiheitliche Grundrechte wie

beispielsweise das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Was allerdings die angegebene Textstelle den Schüler/innen verdeutlichen soll, ist der Umstand, dass der NS-Volksgerichtshof gar kein Interesse daran hatte, juristisch ausdifferenziert und fair zu urteilen. Hier sollte nicht Recht gesprochen, sondern ein Exempel statuiert werden. Jeder Widerstand gegen das NS-Regime, und sei er noch so gering, sollte mit dem Tode bestraft werden. Die Angeklagten sind im Sinne der NS-Ideologie keine Menschen mehr, sondern „Volkschädlinge“: Sie hatten damit das Recht auf ein Leben in der Volksgemeinschaft verwirkt.

Zu 4) Die Schüler/innen sollen hier an ihr Vorwissen anknüpfen bzw. im Internet oder im Schulbuch recherchieren. Die „Dolchstoß“-Legende wurde 1918 von der Obersten Heeresleitung (OHL) geschaffen und gilt als bewusst geschaffene Geschichtsfälschung, um die militärische Niederlage zu verschleiern. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg wurde von der OHL auf die Sozialdemokraten geschoben: Durch die Novemberrevolution 1918 hätten die „Roten“ den Dolch in den Rücken der kämpfenden Soldaten an der Westfront gestoßen. So konnte das Militär weiterhin behaupten, es sei „im Felde unbesiegt“ geblieben. Diese Verdrehung der Tatsachen wurde besonders von konservativen und rechten Kreisen dankbar aufgenommen. Die NS-Richter sahen in der Agitation der Gruppe um Georg Lechleiter Parallelen hinsichtlich der Gesinnung und der Situation: Es handele sich bei den Angeklagten um Kommunisten, die während eines Krieges im Rücken der Front die „Kampfkraft“ durch Aufruf zu Streik und Umsturz schwächen wollten.

### Literaturhinweise

AXEL ULRICH, Widerstand auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz – ein Überblick. Im Textteil dieser Publikation

DANIELA WEBER, Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 – 1945. Gemeinde Ludwigshafen. Manuskript im NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz, Osthofen. Slg. Ludwigshafen

MAX OPPENHEIMER, Der Fall Vorbote. Zeugnisse des Mannheimer Widerstandes. Frankfurt/M. 1969

### Quellennachweise

Bericht von Ernst Hahner: Studienkreis Deutscher Widerstand Frankfurt am Main; Urteil des Volksgerichtshofes vom 15.5.1942 gegen Lechleiter und Flugschrift

„Der Vorbote“: BA Berlin, NJ 1635, Bd. 1, S. 38 – 40;  
Foto Lechleiter: Stadtarchiv Ludwigshafen

### Kommentare zu Arbeitsblatt M8:

## Kommunistischer Widerstand – Annelise und Andreas Hoewel (Raum Koblenz)

Das Beispiel der Eheleute Hoewel belegt noch einmal, mit welcher Brutalität das NS-Regime – insbesondere nach Kriegsbeginn – die politischen Gegner, die an ihrer „Gesinnung“ festhielten, aburteilte, wenn sich dazu eine Gelegenheit bot. Dass dabei schon das Abhören sogenannter „Feindsender“ und die Aufrechterhaltung von Beziehungen zu früheren Parteigenossen ausreichte, um die Betroffenen zum Tode zu verurteilen, spricht für sich. Die Biografie der beiden Hoewels macht zugleich deutlich, mit welcher Ausdauer und welchem Mut einzelne Regimegegner trotz aller Repressalien, mehrfacher Verhaftungen und KZ-Aufenthalte an ihrer Überzeugung festhielten und für ein „anderes Deutschland“ arbeiteten. Dies hat auch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Koblenz mit ihrem Beschluss vom 22. April 1948 zu würdigen gewusst, mit dem sie die nach einem Kampfflieger des Ersten Weltkriegs benannte „Boelcke-Straße“ in „Hoewel-Straße“ umbenannte. Spätere Versuche interessierter Kreise, die Straße umbenennung u. a. wegen der nahe gelegenen „Boelcke-Kaserne“ wieder rückgängig zu machen, scheiterten (vgl. [http://www.koblenz.de/stadtleben\\_kultur/stadtarchiv\\_hoewelstrasse.html](http://www.koblenz.de/stadtleben_kultur/stadtarchiv_hoewelstrasse.html)).

Der hier zu findende Hinweis darauf, dass Andreas Hoewel Vorbild für einen der Protagonisten des KZ-Romans von Bruno Apitz „Nackt unter Wölfen“ (1958) gewesen sei, könnte zu entsprechenden Recherchen Anstoß geben; Auszüge aus dem Roman könnten ggf. [z. B. auch im Vergleich zu Erich Maria Remarques Buchenwald-Roman „Der Funke Leben“ (1952)] im Unterricht heran gezogen werden.

### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

zu 1) Die Schüler/innen werden sicherlich zunächst verwundert sein über die Schärfe des im Einleitungstext vorgestellten Urteils wegen eines sogenannten „Rundfunkvergehens“, d. h. des illegalen Abhörens sogenannter Feindsender. Lediglich der Hinweis in der Meldung des RSHA deutet auf frühere Vergehen und Verurteilungen Hoewels durch das NS-Regime hin.

Zu 2) Anhand des Auszugs aus der Urteilsschrift des OLG Kassel lassen sich dann weitere Präzisierungen der

Aktivitäten der Hoewels vornehmen. Aus dem Urteil lässt sich entnehmen, dass neben den Vorstrafen und dem unveränderten Bekenntnis zur „kommunistischen Gesinnung“ insbesondere die mit dem gemeinsamen Abhören verbundene Diskussion und der soziale Zusammenhalt der Gruppe („kommunistische Zellenbildung“) eine besondere Rolle bei der Bemessung des Strafmaßes spielten.

Zu 3) Mit der mit dem Krieg verbundenen Radikalisierung wird der bisher überwiegend ideologisch begründete Antagonismus zwischen der „Volksgemeinschaft“ der Mehrheitsgesellschaft auf der einen und den „Gemeinschaftsfremden“ oder „-feinden“ der rassistisch definierten Minderheiten auf der anderen Seite verschärft und auf die politischen Gegner ausgeweitet. Mit dem Begriff „ausgemerzt“ (Z. 70) wird nicht nur die Unversöhnlichkeit der Gegnerschaft, sondern auch die Zielrichtung der endgültigen Vernichtung deutlich.

Zu 4) und 5) Bei dieser Aufgabenstellung, die man eher mit stärkeren Lerngruppen der SI und Kursen der gymnasialen Oberstufe behandeln sollte, geht es darum die Diskrepanz zwischen „Vergehen“ und Strafmaß (Todesstrafe!) herauszuarbeiten. Gleichzeitig müsste den Schüler/innen auch die rechtsstaatlich bedenkliche Vermischung von Handlungen und Einstellungen deutlich werden. Mit der Ausweitung der Kampfhandlungen nach dem Überfall auf die UdSSR lässt sich insgesamt eine Verschärfung der Maßnahmen bei Verstößen gegen die Rundfunkverordnung feststellen, die das Abhören ausländischer Sender verbot.

### Literaturhinweise

JOACHIM HENNIG, Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Raum Koblenz. In: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 31 (2005), S. 381 – 423  
CLAUS ZANDER, Andreas Hoewel (1900 – 1942), ein Gegner des NS-Regimes. Kurzbiographie des Namensträgers einer Straße in Trier-West. In: Neues Trierisches Jahrbuch 9 (1969), S. 84 – 85  
MAHNMAL-KOBLENZ.DE/dauerausstellung/personenverzeichnis/203-anneliese hoewel

### Quellennachweise

Fotos André und Anneliese Hoewel: privat; Hinweiszettel gegen das Abhören von „Feindsendern“:  
[www.kommunicare.de](http://www.kommunicare.de)

## Kommentare zu Arbeitsblatt M9:

### Kommunistischer Widerstand – Helmuth Preußer (Westerwald)

Am Beispiel dieses frühen Widerstandes aus den Reihen der Kommunisten lässt sich zeigen, dass auch außerhalb der großen industriellen Ballungsgebiete die Kommunisten gut organisiert waren und mit Hilfe von regional verbreiteten Flugschriften zum Widerstand gegen das NS-Regime aufriefen. Der weitere Verlauf der Biografie Helmuth Preußers zeigt ihn als konsequenten Widerstandskämpfer, der mit Glück einem Todesurteil wegen Hoch- und Landesverrats entging, dann aber in der berüchtigten Bewährungstruppe 999 ums Leben kam.

### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Neben den wichtigsten Stationen seines Lebens sollte vor allem die sich steigernde Widerstandsaktivität Preußers aufgezeigt werden: Mitglied und Kassierer der KPD in Wirges, Herstellung und Verbreitung der Untergrundzeitschrift „Die Bombe“, Flucht ins Saarland und Engagement in der Einheitsfront, Verurteilung wegen Landes- und Hochverrats.

Zu 2) Die NSDAP sah in der KPD die größte Gefahr für die Etablierung ihrer Gewaltherrschaft. Daher ging der Unterdrückungsapparat des NS-Staates von Anfang an mit aller Härte und Brutalität gegen die Mitglieder jener Partei vor, um jegliche kommunistische Widerstandsorganisation im Keim zu ersticken. Mit großangelegten Razzien, öffentlichen Anprangerungen und massenhaften Verhaftungen sollten die Kommunisten zur Flucht gedrängt oder dazu bewegt werden, ihren Kampf gegen den Nationalsozialismus aufzugeben.

Zu 3) Durch die immensen Verluste der Wehrmacht an der Ostfront sah sich das Regime offensichtlich gezwungen, auch auf die „Wehrunwürdigen“ zurückzugreifen.

Zu 4) Etwa ein Drittel der für die Bewährungstruppe 999 rekrutierten Männer war vorher aus politischen Gründen verurteilt worden, die Mehrheit der Truppe bestand aus ganz gewöhnlichen „Kriminellen“. Der erste Aufstellungsort des Verbands war der Truppenübungsplatz Heuberg in Baden-Württemberg. Ab dem 17. Dezember 1943 wurden die Bewährungstruppen nur noch auf dem Truppenübungsplatz Baumholder im heutigen Rheinland-Pfalz aufgestellt. Den ersten Einsatz sollte die Truppe in Afrika haben, weshalb sie zunächst als

„Afrika-Brigade 999“ bezeichnet wurde. Allerdings wurde sie am 1. Januar 1943 zuerst nach Belgien geschickt und von dort am 12. Februar 1943 nach Südfrankreich verlegt. Erst ab dem 9. März 1943 begann man damit, die 999er nach Tunis zu überführen. Nach der Niederlage des Afrika-Korps im Mai 1943 wurde die Truppe neu formiert und nach Griechenland und auf den Balkan verlegt. Dort wurde sie als Besatzungstruppe und bei der Partisanenbekämpfung eingesetzt.

Bekannte Persönlichkeiten, die zur Bewährungstruppe 999 eingezogen worden waren:

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Politologe an der Universität Marburg,

Willi Birkelbach, Chef der hessischen Staatskanzlei, Egon Franke, Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen,

Ludwig Gehm, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten.

Von 14 Männern, die 1933/34 aus politischen Gründen im KZ Osthofen eingesperrt waren, ist bekannt, dass sie nach 1942 in diese Strafeinheit eingezogen wurden; einige haben dabei ihr Leben verloren.

Es bietet sich noch an, den Truppenübungsplatz Baumholder zum Unterrichtsthema zu machen. Auch hierzu könnten die Schüler/innen mit der Anfertigung von Referaten oder Hausarbeiten beauftragt werden.

### Literaturhinweise

ULI JUNGBLUTH, Die „Nazifizierung“ einer ländlichen Region am Beispiel des Westerwaldes, in: HANS-GEORG MEYER UND HANS BERKESSEL (HRSG.): Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz, Band 1, Mainz 2000, S.102 – 105

HANS-PETER KLAUSCH, Der Truppenübungsplatz Baumholder – Aufstellungsort der Bewährungstruppe 999, in: HANS-GEORG MEYER UND HANS BERKESSEL (HRSG.): Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz, Band 3, Mainz 2001, S.112 – 122

### Quellennachweis

Foto – am Pranger in Wirges: Archiv der Geschichts- und Kulturwerkstatt Westerwald; Auszug aus der Ermittlungsakte: Hess. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 302415 Nr. 66, Handakte VG 1941

## Kommentare zu Arbeitsblatt M10:

### Kommunistischer Widerstand – Hans Eiden (Raum Trier)

Mit Hans Eiden wird hier die Biografie eines der prominentesten (kommunistischen) Widerstandskämpfer aus Rheinland-Pfalz vorgestellt. Hans Eiden, ein aktiver Widerständler der ersten Stunde, hat sich in seiner Funktion als „Lagerältester I“ und Mitglied der illegalen Lagerleitung der Häftlinge im KZ Buchenwald durch sein mutiges Verhalten ein besonders hohes Ansehen (auch unter nichtkommunistischen Buchenwald-Häftlingen) erworben. Der Förderverein Synagoge Könen e. V. hat ihm auf dem Mahnmal für die Opfer des NS-Regimes in Trier und Umgebung einen Platz gegeben [weitere Hinweise unter: [www.mahnmal-trier.de](http://www.mahnmal-trier.de)].

#### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Die Schüler/innen sollen das NS-Strafverfahren kritisch analysieren und die aufgeführten „Vergehen“ in einem Perspektivenwechsel aus der Sicht der NS-Gegner formulieren.

Zu 2) Die Schüler/innen sollen die zuvor analysierten Aktivitäten des gegen das NS-Regime geleisteten Widerstandes und die juristische Verfolgung durch den NS-Staat vor dem Hintergrund unseres Grundgesetzes und der Verfassung bewerten. Diese Aufgabe wird für die leistungsstärkeren Lerngruppen in der Sekundarstufe I und die Kurse der gymnasialen Oberstufe empfohlen.

Zu 3) Die politischen Häftlinge versuchten wichtige Positionen in der Lagerverwaltung mit zuverlässigen Häftlingen aus den eigenen Reihen zu besetzen. Diese sogenannten Funktionshäftlinge unterstanden zwar in allen Bereichen der Lager-SS, sie konnten jedoch durch geschicktes Taktieren in einigen Fällen die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Gefangenen etwas erträglicher gestalten und, wie dies am Beispiel der Brandwache für das KZ Buchenwald belegt ist, den Handlungsraum für die internationale Widerstandsorganisation im Lager erweitern.

Zu 4) Hans Eiden war dank seiner Persönlichkeit, seines Verhandlungsgeschicks und der Anerkennung, die er unter den Mitgefangenen genoss, für die Verwaltung des KZ Buchenwald wichtig und nur schwer zu ersetzen. Mitgefangene berichteten später, dass es Eiden durch sein selbstbewusstes Auftreten und sein rhetorisches Geschick immer wieder gelungen war, Zuge-

ständnisse für die Gefangenen auszuhandeln. Sein couragiertes Auftreten gegenüber dem Rapportführer ist auch dadurch zu erklären, dass sich die Wachmannschaft durch Fliegeralarme und die heranrückende 3. US-amerikanische Armee in Auflösung befand. Bereits einige Tage zuvor hatte die SS versucht die jüdischen Häftlinge des Lagers zu evakuieren. Der Buchenwalder Widerstand konnte jedoch einen großen Teil der Juden (ca. 4.600) verstecken. Diese erfolgreiche Aktion dürfte Eidens Willen zum offenen Widerstand noch verstärkt haben. Am 11. April erschienen die ersten amerikanischen Panzer, und die illegale Lagerleitung griff zu den Waffen. Eiden verkündete über die Lager-Lautsprecher die Befreiung des Lagers und verhinderte, dass die gefangen genommenen SS-Truppen getötet wurden.

Zu 5) Die späte Ehrung Hans Eidens dürfte auf den schwierigen Umgang der Bundesrepublik Deutschland in den Zeiten des Kalten Krieges mit kommunistischen Widerstandskämpfern zurückzuführen sein. Dies könnte auch die knappe Aufschrift auf dem Denkmal erklären:

Hans Eiden  
1901-1950  
Lagerältester im KZ Buchenwald  
Kommunistischer Widerstandskämpfer  
wurde hier geboren

#### Literaturhinweise

BEATE DORFEY, Hans Eiden – Porträt eines kommunistischen Widerstandskämpfers, in: HANS-GEORG MEYER UND HANS BERKESSEL, (HRSG.): Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz, Band 1: „Eine nationalsozialistische Revolution ist eine gründliche Angelegenheit.“, Mainz, 2000, S. 382 – 388

BEATE DORFEY, Wissenschaftliches Gutachten über Leben und Wirken Hans Eidens (1901 – 1950), Trier 1994

EDGAR CHRISTOFFEL, Der Weg durch die Nacht. Verfolgung und Widerstand im Trierer Land während der Zeit des Nationalsozialismus. Verfolgte aus Trier und dem Trierer Land durchleben die Konzentrationslager des Dritten Reiches, Trier 1983 S. 121 f.

HORST GOBRECHT, Eh' die Sonne lacht. Hans Eiden Kommunist und Lagerältester im KZ Buchenwald, Bonn 1995

#### Quellennachweise

Foto von Hans Eiden: Stadtarchiv Trier, Bildersammlung 1  
Auszüge aus Anklageschrift und Urteil aus dem Ver-

fahren gegen Faldey, Anton und andere wegen Vorbereitung zum Hochverrat des Oberlandesgerichts Hamm (Westfalen) vom August bzw. Dezember 1936: Bundesarchiv, Sign. 3001 RJM, 104100

Hans Eiden: Gefangenen – Nr. 6222. Das war Buchenwald, ein Tatsachenbericht, veröffentl. in: Horst Gobrecht: Eh' die Sonne lacht. Hans Eiden Kommunist und Lagerältester im KZ Buchenwald, Bonn 1995, S. 207 ff.

Bericht Jiri Zak: Die letzten zehn Tage – Buchenwald, 1945, in: Buchenwald-Archiv, Sign. 31/370. Zit. Nach: Beate Dorfey: Hans Eiden – Porträt eines kommunistischen Widerstandskämpfers, in: Hans-Georg Meyer und Hans Berkessel, (Hrsg.): Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz, Band 1: „Eine nationalsozialistische Revolution ist eine gründliche Angelegenheit.“, Mainz, 2000, S. 385.

### **Kommentare zu Arbeitsblatt M11:**

#### **Sozialdemokratischer Widerstand – eine Einführung**

Die Einführung soll den Schüler/innen eine Orientierung zum sozialdemokratischen Widerstand auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz bieten und ihnen so als „roter Faden“ dienen. Diese allgemeinen Ausführungen Axel Ulrichs (Auszug aus dem wissenschaftlichen Beitrag in diesem Band) können mit den Fallbeispielen der einzelnen Arbeitsblätter verknüpft werden.

#### **Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen**

Zu 1) Die Exil-SPD versuchte, über Grenzsekretariate weiterhin politischen Einfluss auf ihre Anhänger auszuüben. Sie verschickte illegale Flugschriften, auch anderes Propagandamaterial sowie Parteizeitungen. Weiterhin sammelte sie Informationen aus dem „Reich“, um diese an die Auslandspresse weiterzugeben. Sie wollte dadurch ein informelles Gegengewicht zur „gleichgeschalteten“ NS-Presse bilden. Des Weiteren wurden von den Widerstandsgruppen Fluchtwege ins Ausland organisiert.

Zu 2) Die Aufgabe dient sowohl der Veranschaulichung als auch der vertiefenden Textarbeit. Folgende Funktionen lassen sich verschiedenen Standorten zuordnen und in einer entsprechenden Legende dokumentieren: Sitz der Exil-SPD: Tschechoslowakei (Prag); Grenzsekretariate: Straßburg, Mühlhausen, Luxemburg, (Forbach, Basel; nicht auf der Karte); zentrale Anlaufstelle im Reich: Mannheim. Sitz von Widerstandsgruppen:

Mainz, Mainz-Kastel, Mainz-Kostheim, Worms, Oppau, Ludwigshafen, Speyer, Neustadt, Kaiserslautern, Landau, Pirmasens, Zweibrücken, Annweiler, Albersweiler. Fluchtwege ins Ausland: Trier, Idar-Oberstein, Kaiserslautern (Karte S. 274).

Zu 3) Die Schüler/innen werden hier auf das Dilemma hingewiesen, das entsteht, wenn eine Gruppe eine andere zum moralischen Handeln verpflichten will, wozu sie selbst aber nicht bereit oder in der Lage ist. Dem Exil-Vorstand war bewusst, dass der Kampf im Reich gegen die NS-Herrschaft außerordentlich gefährlich ist – sonst wäre er selbst nicht ins Ausland geflüchtet. Er wollte offensichtlich niemanden mit seinem Aufruf in Gefahr bringen, während er selbst im sicheren Ausland verweilte.

Zu 4) Diese Aufgabe soll an vorangegangene Lerninhalte anknüpfen und ist auch als Rechercheauftrag für eine Hausaufgabe geeignet. Die Spätphase der Weimarer Republik ist gekennzeichnet von äußerst instabilen politischen Verhältnissen und rasch wechselnden Reichsregierungen. Hinzu kamen weitere gravierende Probleme wie Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise. Insofern war die Erwartung, dass das Rechtsbündnis um Adolf Hitler schon bald zusammenbrechen würde, in gewisser Weise sogar berechtigt.

#### **Literaturhinweis**

AXEL ULRICH, Widerstand auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz – ein Überblick (im Textteil dieser Publikation)

#### **Quellennachweis**

Titelseite des „Vorwärts“: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)

### **Kommentare zu Arbeitsblatt M12:**

#### **Sozialdemokratischer Widerstand – Maria Detzel (Raum Koblenz)**

Das Beispiel der sozialdemokratischen Kommunalpolitikerin, die sich trotz veränderter Mehrheitsverhältnisse im Koblenzer Stadtrat mutig gegen den Beschluss zur Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Adolf Hitler wendet und sich damit der Verfolgung durch das NS-Regime aussetzt, zeigt, wie hart das Regime auf oppositionelle Äußerungen reagiert und das Leben politischer Gegner zerstört.

### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 3) Politisch unbelastet und erwiesenermaßen NS-Gegnerin, die unter den Nationalsozialisten gelitten hatte, war Maria Detzel nach dem Krieg im besonderen Maße geeignet, beim Aufbau von demokratischen Strukturen im Nachkriegsdeutschland mitzuwirken. Außerdem hatte sie bereits in der Zeit vor 1933 politische Erfahrungen sammeln können.

Zu 4) und 5) Die beiden Arbeitsaufträge dienen zur Sicherung und Vertiefung der in den vorhergehenden Arbeitsaufträgen gesammelten Erkenntnisse. Sowohl der Inhalt des Ermächtigungsgesetzes als auch die Rede von Wels sind u. a. auf den Seiten des „Deutschen Historischen Museums“ ([www.dhm.de](http://www.dhm.de)) veröffentlicht.

### Literaturhinweise

HELMUT KAMPMANN, Wenn Steine reden. Gedenktafeln und Erinnerungsplatten in Koblenz, Koblenz 1992, S. 54 f.

BARBARA KOOPS, Frauen in der Koblenzer Kommunalpolitik 1918 – 1933. In: Koblenzer Beiträge zur Geschichte und Kultur 4 (1994), S. 91 – 93

BARBARA KOOPS, Maria Detzel (1892 – 1965). In: Rheinland-Pfälzerinnen, Frauen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in den Anfangsjahren des Landes Rheinland-Pfalz, bearb. Hedwig Brüchert. (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 23), Mainz, 2001. Im Auftr. d. Komm. d. Landtages hrsg. bei der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz v. Heinz-Günther Borck unter Mitarb. v. Beate Dorfey, S. 89 – 91

### Quellennachweise

Stadtarchiv Koblenz: StAK\_623\_Nr\_6971\_Seite\_161  
Personentafel "Maria Detzel", Förderverein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Koblenz e.V.

### Kommentare zu Arbeitsblatt M13:

#### Widerstand aus dem Exil – Emil Kirschmann

Bei dem hier ausgewählten Material geht es nicht in erster Linie um ein weiteres Beispiel sozialdemokratischen Widerstands, sondern darum, einen Blick auf die Widerstandsaktivitäten aus dem Exil zu lenken, für die nach dem Kurswechsel der UdSSR und der KOMINTERN

die Bildung einer breiten Volksfront, der nicht nur Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern auch (links)bürgerliche Demokraten angehören sollten, eine wichtige Rahmenbedingung war.

### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Anhand des Einleitungstextes können die Schüler/innen die Stationen im Leben Kirschmanns aufzeigen. Hier bietet es sich an, sie mit der Erarbeitung einer Karte zu beauftragen.

Zu 2) Bereits 1936 waren für aufmerksame Beobachter die Kriegsvorbereitungen offenkundig (Z. 23 –31). Auch die Missachtung der Menschenrechte und die erheblichen Einschränkungen der persönlichen Freiheit werden im Aufruf thematisiert.

Zu 3) Die beiden großen Arbeiterparteien SPD und KPD waren seit den 1920er Jahren zerstritten, damit war ein gemeinsames Vorgehen gegen den aufkommenden Nationalsozialismus weitgehend verhindert. Die KPD vertrat bis 1934 die Sozialfaschismus-These, damit machte sie die als „sozialfaschistisch“ geschmähte SPD zu ihrem politischen Hauptgegner. Die SPD ihrerseits lehnte eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab, da sie in der KPD wie auch in der NSDAP Gegner der Demokratie und der Republik sah. Die Unterzeichner rufen zur Bildung einer überparteilichen Volksfrontbewegung auf, die das Ziel hat, die NS-Diktatur zu stürzen; unabhängig davon bleiben aber alle darüber hinausgehenden politischen Zielvorstellungen der ihr angeschlossenen Gruppen und Parteien unberührt (Z. 44 – 50). Nur in einer gemeinsamen geschlossenen Front – so die Initiatoren – ließe sich der Nationalsozialismus besiegen und ein neues demokratisches Deutschland errichten (Z. 56 – 60).

Zu 6) Der Aufruf vom 19. Dezember 1936 wurde von 20 Mitgliedern der SPD, 14 Mitgliedern der KPD, 10 Mitgliedern der SAP und 30 weiteren Persönlichkeiten aus den Bereichen Kunst, Literatur und Politik unterzeichnet und in „Das Freie Deutschland. Mitteilungen der Deutschen Freiheitsbibliothek“ Nr. 15 (Januar 1937) veröffentlicht. Die Deutsche Freiheitsbibliothek war zum ersten Jahrestag der Bücherverbrennung am 10. Mai 1934 von dem Schriftsteller Alfred Kantorowicz mit seinen Freunden vom Schutzverband Deutscher Schriftsteller in Paris (SDS) gegründet worden.

## Literaturhinweis

AXEL REDMER, Wer draußen steht, sieht manches besser. Biographie des Reichstagsabgeordneten Emil Kirschmann. Birkenfeld, 1987 (Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde im Landkreis Birkenfeld, Sonderheft 51)

## Quellennachweise

Foto von Emil Kirschmann: Redmer, Axel: Wer draußen steht, sieht manches besser. Biographie des Reichstagsabgeordneten Emil Kirschmann. Birkenfeld 1987 (Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde im Landkreis Birkenfeld, Sonderheft 51), S. 157; Volksfront-Aufruf: Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Bro D 2415, 1301

## Kommentar zu Arbeitsblatt M14:

### Sozialdemokratischer Widerstand – Jakob Steffan (Oppenheim/Rheinhessen)

Die Biografie Jakob Steffans kann hier nur kurz ausbreitet werden, weshalb viele wichtige Aspekte nicht zur Sprache kommen oder nur angeschnitten werden können.

## Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Diese Aufgabe dient der Zusammenfassung und Wiedergabe der Texte.

Zu 2) Die Schüler/innen sollen die Entscheidung der Amerikaner, ihn als Polizeipräsidenten einzusetzen, mit Hilfe von Steffans Lebenslauf einordnen. Die US-Militärregierung in Deutschland suchte im ganzen Land nach „unbelasteten“ Zivilisten, die willens und kompetent genug waren, Aufgaben in der Verwaltung zu übernehmen. Steffan war hierfür besonders geeignet: Er war erwiesenermaßen ein NS-Gegner und hatte als solcher unter den Nationalsozialisten gelitten. Des Weiteren hatte er politische Erfahrungen in der Zeit vor 1933 gesammelt. Außerdem konnte Steffan auf ein umfangreiches Netzwerk von NS-Gegnern zurückgreifen, um weitere Helfer für den Aufbau einer neuen Ordnung zu engagieren.

Zu 3) Die Aussage Steffans könnte von Schüler/innen missverstanden werden. Schließlich wurden die Zerstörungen in Mainz nicht von den Nationalsozialisten, sondern in der Hauptsache durch alliierte Luftangriffe

verursacht. Steffan ist hier allgemeiner zu verstehen: Er meint den von den Nationalsozialisten entfesselten Weltkrieg und die vom NS-Regime zu verantworteten Luftangriffe auf europäische Städte, die denen auf die deutschen voraus gingen. Entsprechend sieht er die Alliierten nicht als seine Gegner an, sondern als Verbündete gegen den eigentlichen Feind, das NS-Regime. Die Zerstörungen in Mainz – und in ganz Deutschland – sind unmittelbare Folge des Krieges, der vom Deutschen Reich angezettelt worden war. Da die Nationalsozialisten hierbei die treibenden Kräfte gewesen waren, verlangte er nun gerade deren Sühne, in dem er bekannte NS-Täter zwingt, sich an den Wiederaufbaumaßnahmen zu beteiligen.

Zu 4) Die Aufgabe dient der Vertiefung, da viele interessante Aspekte aus Steffans Leben durch das Arbeitsblatt nicht thematisiert werden können. Es lohnt sich allerdings, solche weitergehenden Anknüpfungspunkte, die Steffans Vita bietet (NS-Justizwesen, Widerstand des „20. Juli 1944“ etc.), aufzuspüren und unterrichtlich zu nutzen. Der Hinweis auf den Jakob-Steffan-Preis könnte der Lerngruppe als Impuls für ein Projekt dienen.

## Literaturhinweis

ARTHUR D. KAHN, Offiziere, Kardinäle und Konzerne. Ein Amerikaner über Deutschland. Berlin (DDR) 1964, S. 45 f.  
SINA SCHIFFEL, Jakob Steffan, unveröffentlichte Staatsexamensarbeit, 2009

## Quellennachweis

Foto Jakob Steffan: Stadt Oppenheim; Text von Arthur Kahn: ARTHUR D. KAHN, Offiziere, Kardinäle und Konzerne. Ein Amerikaner über Deutschland. Berlin (DDR) 1964, S. 45 f.

## Kommentar zu Arbeitsblatt M15:

### Arbeiterwiderstand – Karl Nord (Ludwigshafen/Pfalz)

Bei der SAP handelt es sich um eine linke Abspaltung der SPD, der sich seit ihrer Gründung im Herbst 1931 auch zahlreiche Anhänger linksradikaler Splittergruppen sowie eine beträchtliche Anzahl oppositioneller Kommunisten angeschlossen hatten. Anfänglich verfügte sie zwar noch über 25.000 Mitglieder, doch sollte ihr Einfluss auf die Wählerschaft unbedeutend bleiben. Ein Großteil ihrer Anhänger betätigte sich nach 1933 aktiv im Untergrund, darunter auch der nach Skandi-

navien emigrierte Willy Brandt. Bis 1938 jedoch wurden ihre Widerstandsgruppen auch im Südwesten des Deutschen Reiches von der Gestapo zerschlagen.

Im pfälzischen Raum haben illegale SAP-Gruppen in Ludwigshafen, Speyer und Kaiserslautern bestanden, weitere waren z. B. in Worms, Mainz und Bad Ems wirksam. Organisiert waren sie alle in „Dreier-Zellen“, die jeweils nur über einen einzigen Verbindungsmann miteinander Kontakt hielten und hierbei mit Decknamen operierten.

### Literaturhinweis

KARL NORD, Im Kampf gegen das Unrecht und für die Freiheit. Erlebnisse und Erfahrungen eines politischen Gefangenen unter der NS-Diktatur. Eingel. und bearb. von Günter Braun. Hrsg. SPD-Stadtverband Ludwigshafen am Rhein. Ludwigshafen 1986, S. 33 – 38

### Quellennachweise

Foto Karl Nord: Stadtarchiv Ludwigshafen; Titelseite der „Sozialistischen Aktion“: Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)

### Kommentare zu Arbeitsblatt M16:

## 20. Juli 1944 – das Vertrauensleutenetz in Rheinhessen

### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Die Schüler/innen sollen sich gezielt über den geplanten und den tatsächlichen Ablauf des „20. Juli 1944“, über den involvierten Personenkreis der Oppositionsbewegung und die Zielsetzungen informieren (evtl. auch Entwurf der Regierungserklärung von Beck und Goerdeler heranziehen).

Die Personen Stauffenberg, Beck, Goerdeler, Leuschner, Leber und Mierendorff sollten bekannt sein. Auch benötigen die Schüler/innen für das Verständnis der Quelle Informationen zum „Kreisauer Kreis“.

Es soll deutlich werden, dass der „20. Juli 1944“ kein Putschversuch lediglich einzelner Vertreter des Militärs war, sondern dass eigens ein ziviles Netz von Vertrauensleuten – vor allem Sozialisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und Katholiken – geschaffen worden war, um nach dem Gelingen des Attentats und der militärischen Aktion eine politische Neustrukturierung Deutschlands vornehmen zu können.

Zu 2) Hier wird die Organisationsstruktur der Umsturz-

bewegung verdeutlicht (Kreis um Beck, Goerdeler, Stauffenberg; Ebene um Leuschner; Verbindungsleute in den Städten; Kontaktpersonen auf dem Land).

Zu 3) Anhand der in die Karte eingetragenen Orte wird ersichtlich, dass nur ein solch dicht gespanntes Netz aus Vertrauensleutenstützpunkten im Falle des Gelingens des Attentats und der nachfolgenden militärischen Erhebung die zeitnahe und flächendeckende Umsetzung auch der politischen Ziele der Verschwörung, insbesondere eine zügige Regierungsübernahme, auf Dauer hätte sicherstellen können.

Zu 2) und 3) Die Schüler/innen sollen analysieren, dass sich die Wehrmacht durch den Eid an Hitler gebunden sah. Auch hatten die Vertreter der Wehrmacht keinerlei bzw. kaum Kontakte im zivilen Bereich oder in die Breite der Bevölkerung, da sie sich entweder an der Front oder im Ersatzheer befanden. Deshalb war eine Person wie Leuschner erforderlich, der zahlreiche antinazistisch stabil gebliebene Funktionäre der unterdrückten Arbeiterbewegung hinter sich wusste und somit in der Lage war, in den Städten und Gemeinden den Umsturz zu organisieren. Auf diese demokratisch gesinnten Vertrauensleute kamen Aufgaben zu, wie beispielsweise die Besetzung von Radiosendern, der Pressehäuser oder die Übernahme der Polizeigewalt zur Verhaftung der Gau-, Kreis- oder Ortsgruppenleiter, Blockwarte oder von Funktionärinnen aus der NS-Frauenschaft.

Zu 4) Jedem, dessen Verwicklung in die Umsturzpläne bekannt wurde, drohte die Hinrichtung. In den meisten Fällen wurden diese Regimegegner nach ihrer Festnahme scharfen Verhören unterzogen, wobei sie zu meist fürchterlich gefoltert worden sind. Manche wurden sogleich standrechtlich erschossen. Ihre Familien wurden in Sippenhaft genommen. Somit war die Gefahr, Mitwisser zu verraten und der NS-Justiz auszuliefern, enorm. Je weniger Details man wusste, desto weniger konnte man über die Verschwörung verraten. Auch im Vorfeld der Umsturzaktion war äußerste Vorsicht geboten, da man nie sicher sein konnte, nicht doch an einen Gestapo-Spitzel zu geraten (s. Julius Leber). Auch wenn den NS-Ermittlern auf diese Weise vorab Einzelheiten bekannt würden, sollte nie das gesamte Unternehmen in Gefahr geraten dürfen.

### Literaturhinweise

ANGELIKA ARENZ-MORCH, AXEL ULRICH, Für Freiheit und Recht. Der „20. Juli 1944“ und seine Verbindungen in unsere Region. Blätter zum Land – Extra. Hrsg.

von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz. Mainz 2004

EMIL HENK, Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte. 2. erw. Aufl. Heidelberg 1946

Internetseite der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin: <http://www.gdw-berlin.de/>

### Quellennachweise

EMIL HENK, Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte. 2. erw. Aufl. Heidelberg 1946, S. 48ff

### Kommentare zu Arbeitsblatt M17:

#### Gewerkschaftlicher Widerstand – Anton Calujek (Mainz/Rheinessen)

Für die Bearbeitung des Arbeitsblatts ist es hilfreich, wenn die Schüler/innen über Grundkenntnisse zum Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 verfügen.

Zur Einordnung des Quellenmaterials seien noch einige Worte zu Emil Henk gesagt. Henk gehört zu den Personen, die in die Umsturzvorbereitungen gegen das „Dritte Reich“ eingebunden waren und nach dessen Scheitern nicht enttarnt wurden. Er nahm an zahlreichen konspirativen Treffen teil und stand in Kontakt mit Wilhelm Leuschner und Helmuth James Graf von Moltke. Aus seiner Studienzeit in Heidelberg kannte er Carlo Mierendorff und Theodor Haubach. Henk hatte für die Umsturzplanung wichtige Kontakte in Süddeutschland geknüpft und sollte nach einem geglückten Staatsstreich als „Landesverwalter“ für Baden fungieren. Mit seinen Einblicken in die Organisation gilt Henk als einer der Hauptzeugen des zivilen Arms der Verschwörung gegen die NS-Diktatur.

Zu 1) Henk beschreibt den zivilen Flügel der Verschwörung gegen die NS-Diktatur als breit angelegtes Netz von Vertrauensleuten mit Stützpunkten in ganz Deutschland. (Z. 20 - 59). Die Führung jener Widerstandsstruktur befand sich mit Wilhelm Leuschner in Berlin. Dieser setzte besondere Vertrauensleute für die einzelnen Bezirke ein, die ihrerseits in den Städten und Gemeinden ihres Zuständigkeitsgebietes gewissermaßen Unterorganisationen bildeten. Anton Calujek war hierbei einer der Verbindungsleute zur Eisenbahnergewerkschaft (Z. 69 - 76). Seine Aufgabe war es, nach einem geglückten Attentat auf Hitler von Mainz aus den Generalstreik der Eisenbahner auszurufen.

Zu 2) Die Diskussion sollte die Erkenntnis befördern, dass der Eisenbahn im Rahmen des geplanten Umsturzunternehmens eine zentrale logistische Bedeutung zukam. Wenn keine Züge mehr fahren, sind größere Bewegungen von militärischen Einheiten nicht mehr ohne Weiteres möglich. Eine militärische Niederschlagung des Aufstandes wäre somit zumindest erschwert worden. Insofern war Calujeks Aufgabe, den Generalstreik auszurufen, durchaus bedeutend, auch wenn es sich nur um eine flankierende Maßnahme handelte. Die wichtigsten Aktionen bestanden sicherlich in dem Bombenattentat auf Hitler im „Führerhauptquartier Wolfsschanze“ sowie in dem im Anschluss daran von Berlin aus unternommenen Versuch, den Aufstand in alle Wehrkreise hineinzutragen.

Nach Belieben können die Argumente in einer Auswertungsphase an der Tafel gesammelt werden.

Zu 3) In den Zeilen 59 - 65 spricht Henk ein zentrales Problem an, welches die Erhellung der NS-Geschichte im Allgemeinen und die des NS-Widerstandes im Besonderen ungemein erschwert. Viele entscheidende Akteure haben den Zweiten Weltkrieg nicht überlebt. Zum Teil wurden sie wegen ihrer Aktivitäten gegen die Nazis verurteilt und hingerichtet (wie Leuschner), zum Teil fielen sie an den Fronten oder starben bei den alliierten Bombardements auf deutsche Städte. Hinzu kommt, dass die Verschwörer ein überlebenswichtiges Interesse daran hatten, möglichst wenig über ihr Vorgehen schriftlich zu fixieren. Hieraus ergibt sich, dass sich Ungenauigkeiten bei der Rekonstruktion der Ereignisse nicht vermeiden lassen, weil man primär auf Zeitzeugenberichte angewiesen ist. Der Autor geht auf diese Problematik in seinem Vorwort ein. Unter Umständen kann folgender weiterer Textauszug aus derselben Quelle als ergänzendes Material herangezogen werden:

*Die politische Vorgeschichte des Attentats auf Hitler ist so gut wie unbekannt. Fast alle an zentraler Stelle Beteiligten sind tot. [...]*

*Es versteht sich von selbst: Allen Beteiligten waren schriftliche Aufzeichnungen untersagt. Es gibt keinerlei schriftliches Material und es kann keines geben. Bei der Fülle der Tatsachen, des Materials und der oft sich überstürzenden Ereignisse musste sich der Verfasser ausschließlich auf sein Gedächtnis verlassen.*

### Literaturhinweise

AXEL ULRICH, Politischer Widerstand gegen das „Dritte Reich“ im Rhein-Main-Gebiet. Wiesbaden 2005

AXEL ULRICH, Anton Calujek. Text zur Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus in

Rheinland-Pfalz" [unveröffentlicht]. Osthofen 2004  
AXEL ULRICH, Gewerkschaftlicher Widerstand – Basisbeitrag. Text zur Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz“ [unveröffentlicht]. Osthofen 2004

### Quellennachweise

Emil Henk, Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte. Heidelberg, 2. erw. Aufl. 1946, Vorwort sowie S. 48 – 50

Foto: Archiv des rheinland-pfälzischen Landtages bzw. AsD

Axel Ulrich, Zum politischen Widerstand gegen das „Dritte Reich“ in Mainz. In: Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte, Jg. 103, 2008, S. 215 – 229, hier: S. 216 – 219

### Kommentare zu Arbeitsblatt M18:

#### Gewerkschaftlicher Widerstand – Eisenbahner Deutschlands

Auch in der interessierten Öffentlichkeit weitgehend unbekannt ist die wichtige Rolle, die die Organisation der Eisenbahner-Einheitsgewerkschaft im illegalen Widerstand auch nach der offiziellen Zerschlagung der Gewerkschaften im Mai 1933 gespielt hat. Sie erwies sich aufgrund der Mobilität ihrer Mitglieder und eines weitreichenden Netzwerkes als besonders geeignete Organisationsstruktur.

#### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Die Schüler/innen können diese Aufgabe lösen, indem Sie die einzelnen Absätze (bis auf die letzten beiden) in einem kurzen Satz wiedergeben. Der vorletzte Absatz ist komplexer, da er zahlreiche Hinweise zur Verfahrensweise bei Treffen und Berichterstattung beinhaltet. Ein mögliches Tafelbild in der Auswertungsphase:

Grundsätze zur konspirativen Arbeit der Eisenbahngewerkschafter

- Achte darauf, wen du für die Arbeit auswählst (Z. 6 – 8).
- Organisation und Personal, welches die Gestapo schon kennt, muss komplett ausgetauscht werden (Z. 9 – 25).
- Sei mit wenig zufrieden: Hauptsache, es existiert eine selbst gewollte Organisation (Z. 26 – 34).
- Vermeide jedes starre System. Passe dich den Gege-

benheiten an (Z. 35 – 39).

- Oberstes Gebot: die Sicherung der Person! Mache deswegen jeden Schritt vorsichtig (Z. 43 – 55).
- Halte Augen und Ohren auf und den Mund geschlossen (Seite 2, Z. 54 – 56).
- Besondere Vorsicht bei Besprechungen: überall lauscht der Feind. Überlege vorher ein Alibi und spreche es mit den anderen Teilnehmern ab. Meide öffentliche Treffpunkte und belastendes Material in deiner Nähe. Nutze Decknamen und Deckadressen. Steige als Letzter in öffentliche Verkehrsmittel ein (Seite 2, Z. 55 – 77).

Zu 2) Die Schüler/innen sollen bei dieser Aufgabe mit den neu gewonnenen Erkenntnissen arbeiten, in dem sie sie auf die Gefahren hin analysieren, welche die Reichsbahnbeschäftigten eingingen. Die Gestapo beobachtete verdächtige Personen ganz genau, verfolgte diese auf Schritt und Tritt und machte – unter Umständen auch heimlich – Hausdurchsuchungen. Außerdem konnte sich die politische Polizei auf die Zuträgerdienste von Denunzianten verlassen. Wenn die Verfolger einen potenziellen NS-Gegner verhaften konnten, nutzten sie brutale Verhörmethoden, um weitere Namen sowie Hinweise auf Treffpunkte, Organisationsstrukturen und belastendes Material in Erfahrung zu bringen. Sodann folgten weitere Verhaftungen, die meist zeitgleich durchgeführt wurden, um nach Möglichkeit der gesamten illegalen Organisation habhaft zu werden. Entsprechend mussten die Gewerkschafter äußerst vorsichtig mit allem umgehen, was womöglich Rückschlüsse auf ihre Arbeit zuließ. Strikt zu vermeiden waren alle Klarnamen und Adressen, leicht zu belauschende Treffen, belastendes Material sowie feste Organisationsstrukturen, um der Gefahr von Massenverhaftungen zu begegnen.

Zu 3) Vor- und Nachteile dieser Vorgehensweise gehen zum Teil schon aus der Quelle selbst hervor: Auf diese Weise gelang es der Eisenbahngewerkschaft, die Verfolgung wenigstens rudimentär zu überstehen. Der Nachteil dieser Methoden bestand in der ständigen Angst vor Entdeckung, Folter und Misshandlung für eine Arbeit, die in Relation zu den möglichen Konsequenzen als hochgradig gefährlich eingestuft werden muss. Dennoch betont Jahn in der Quelle, dass es den Funktionären wichtig sei, eine Alternative zu den NS-Organisationen aufzuzeigen (Z. 31 – 34), so dass die Tätigkeit eine wichtige Funktion für ihre Mitglieder erfüllte.

Zu 4) Dies ist eine Aufgabe zur genauen Textanalyse. Den Stolz der Gewerkschafter auf ihre Widerstandsak-

tion erkennt man an der Beschreibung der „soliden“ Arbeit, die sich nicht ohne Weiteres entfernen ließ. Überklebungen sorgen nur für weiteres Aufsehen, worauf die Autoren ebenfalls gerne hinweisen. Die Verfasser weisen auf die Reaktionen des Bahnschutzes hin, der auf die Tat mit Schrecken und wachsender Aufregung reagiert, was einen Rückschluss auf die unverhohlene Freude darüber zulässt, den Gegner offensichtlich empfindlich getroffen zu haben. Im letzten Satz betonen die Flugblattschreiber, dass die Eisenbahner den nationalsozialistischen „Tag der nationalen Arbeit“ im sozialistischen Sinne mit einer Anti-NS-Aktion begangen haben. In diesem Sinne ist auch die Überschrift zu lesen.

### Literaturhinweise

AXEL ULRICH, Politischer Widerstand gegen das „Dritte Reich“ im Rhein-Main-Gebiet. Wiesbaden 2005

AXEL ULRICH, Gewerkschaftlicher Widerstand – Basisbeitrag. Text zur Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz“ [unveröffentlicht]. Osthofen 2004

AXEL ULRICH, Hans Jahn. Text zur Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz“ [unveröffentlicht]. Osthofen 2004

### Quellennachweise

Siegfried Mielke, Matthias Frese (Bearb.): Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933 – 1945, Frankfurt a. Main 1999 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 5), S. 381–402, hier S. 386–389

Foto und Bericht: Helmut Esters, Hans Pelger: Gewerkschafter im Widerstand. 2. mit einem forschungsgeschichtlichen Überblick von Alexandra Schlingensiepen versehene Auflage. Bonn 1983, S. 2 und S. 174

### Kommentare zu Arbeitsblatt M19:

#### Gewerkschaftlicher Widerstand – Binnenschiffahrt

Die Ausführungen zu M 18 gelten hier weitgehend entsprechend.

#### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Das Titelbild hat als Thema die See- und die Binnenschiffahrt, was an den Verbandsnamen anknüpft. Zwei Schiffe sind zu sehen, die unter Volldampf stehen:

ein Passagierdampfer im Hintergrund sowie ein kleiner Schlepper davor. Außerdem ist der Leuchtturm zu sehen, der das ganze Bild dominiert. Dieses Motiv könnte vielleicht für die Weitsicht einer Gewerkschaft stehen, die ihren Mitgliedern eine gerechtere Arbeitswelt zu erkämpfen sucht. Das ITF-Logo passt gut zu der Parole der Kopfzeile. Offensichtlich will das Motiv die gemeinsame „Fahrt“ in eine große, sozialistisch geprägte Zukunft andeuten.

Zu 2) Mögliche Sammlung in der Auswertungsphase:

- Die Gewerkschaft ist in Deutschland verboten (Z. 5).
- Sie ist für die Gestapo unsichtbar (Z. 6).
- Zu der Gewerkschaft sollen alle linken Schifffahrer und Hafendarbeiter Deutschlands gehören (Z. 7 – 10).
- Es gibt keine festen Organisationsstrukturen und Mitgliederlisten (Z. 11 – 13).
- Die Mitglieder eint der Wille, das NS-Regime zu stürzen und ein besseres Deutschland aufzubauen (Z. 13 – 17).
- Alle sollen gleich viel besitzen (Z. 18 – 21).
- Die Gewerkschaften müssen mächtig sein und politischen Einfluss auf alle Bereiche ausüben (Z. 22 – 27).
- Die Gewerkschaft möchte keinen Bruderkampf, der vordem die Kampfkraft der diversen politischen Richtungsgewerkschaften entscheidend geschwächt hat, sondern die Einheit der gesamten Arbeiterschaft (Z. 28 – 31).

Zu 3) Die Aussage, dass die Gewerkschaft über keine festen Strukturen und Verzeichnisse verfügt, könnte – je nach Vorwissen der Schüler/innen – zu Irritationen führen, weswegen hier in einer zusätzlichen Aufgabe darauf eingegangen werden sollte. Da der Verband illegal operierte und somit jederzeit Verhaftungen durch die Gestapo erfolgen konnten, war den Mitgliedern natürlich sehr daran gelegen, möglichst nicht erfasst zu sein, um die Fahndungstätigkeit der Staatspolizei nicht noch zu erleichtern.

Zu 4) Diese etwas anspruchsvollere Aufgabe dient der Vertiefung. Die Schüler/innen sollen erkennen, dass der Kampf gegen das NS-Regime zwar im Vordergrund der derzeitigen Gewerkschaftsuntergrundarbeit steht. Der Aufruf weist aber weit darüber hinaus und zielt bereits auf die Zukunft Deutschlands nach dem Ende des NS-Regimes. Hier werden klare Perspektiven hinsichtlich der angestrebten staatlichen Neuorganisation aufgezeigt.

### Literaturhinweis

AXEL ULRICH, Philipp Wahl (geb. 1912). Text zur Aus-

stellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz“ [unveröffentlicht]. Osthofen 2004

### Quellennachweise

„Die Schifffahrt. Organ des Gesamtverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands. Angeschlossen an die I.T.F.“, Nr. 12, 1937 (nur Titelblatt). Aus: Helmut Esters, Hans Pelger: Gewerkschafter im Widerstand. 2. mit einem forschungsgeschichtlichen Überblick von Alexandra Schlingen- siepen versehene Auflage. Bonn 1983, S. 156

„Die Schifffahrt. Organ des Gesamtverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer Deutschlands. Angeschlossen an die I.T.F.“, Nr. 7, Mai 1936, S. 16. Aus: Siegfried Mielke, Matthias Frese (Bearb.): Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933 – 1945, Frankfurt a. Main 1999 (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 5), S. 372

### Kommentare zu Arbeitsblatt M20:

#### Widerstand aus der evangelischen Kirche – Paul Schneider

Paul Schneider gilt als Beispiel eines religiös motivierten Widerstands. Als christlicher Märtyrer sind er und sein Wirken den Schüler/innen relativ fern und schwer zu vermitteln. Durch die Arbeitsaufträge kann jedoch der Wandel der Einstellung Schneiders bedingt durch den Totalitätsanspruch des NS-Systems aufgezeigt werden. Ob dies auf sein radikales Glaubensbekenntnis zurückzuführen ist, welches "nur" den kirchlichen Bereich zu schützen versuchte oder aber als politischer Widerstand zu verstehen ist, kann besonders mit älteren Schülern in einer Diskussion erörtert werden.

#### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Der 1. Mai wurde während der NS-Zeit als „Tag der nationalen Arbeit“ propagandistisch genutzt. Ursprünglich hatte der 1. Mai jedoch einen sozialistischen Entstehungshintergrund. Die Nationalsozialisten übernahmen aber diese Tradition, machten den 1. Mai zum Feiertag und deuteten ihn in ihrem Sinne um.

Zu 2) Zunächst versucht Schneider sich als Vertreter der evangelischen Kirche dem Totalitätsanspruch der NSDAP zu entziehen. So reagiert er mit einer öffentlich ausgehängten Stellungnahme auf die kirchenfeindli-

chen Äußerungen des SA-Stabschefs und Reichsministers ohne Geschäftsbereich Ernst Röhm. Die Ausführungen eines Kreisleiters bei der Beerdigung eines Hitlerjungen im Juni 1934, dass dieser nun in den Sturm Horst Wessels übergegangen sei, lassen ihn abermals für die Reinheit der evangelischen Lehre eintreten. Sein Widerstand konnte auch durch seine Einweisung in das Konzentrationslager Buchenwald nicht gebrochen werden. Ganz im Gegenteil wurde er für seine Mitgefangenen zum „Prediger von Buchenwald“, bevor er am 18. Juli 1939 umgebracht wurde.

Zu 3) Das Konsistorium steht stellvertretend für die Teile der evangelischen Kirche, welche mit den neuen Machthabern konform gingen und Abweichler in ihren Reihen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Maßnahmen bekämpften.

Zu 4) Ist Paul Schneider ein christlicher Märtyrer, der seinem Glaubensbekenntnis durch seinen Tod ein radikales Zeugnis gab, oder öffnete ihm der Umgang des NS-Staates mit der Religionsfreiheit zunehmend die Augen und machte ihn zu einem politischen Gegner des Regimes? Diese Frage ist nicht eindeutig zu beantworten, kann jedoch eine spannende Diskussion über Motive des Widerstands auslösen.

#### Literaturhinweise

ALBRECHT AICHELIN, Paul Schneider (1897 – 1939), in: Karl-Joseph Hummel/Christoph Strohm (Hg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts, Leipzig/Kevelaer 2000, S. 72 – 86

CLAUDE FOSTER, Paul Schneider. Seine Lebensgeschichte. Der Prediger von Buchenwald, Neuhausen 2001

MARGARETE SCHNEIDER, Paul Schneider – der Prediger von Buchenwald, 4. Aufl., Neuhausen/Stuttgart 1996

THOMAS MARTIN SCHNEIDER, SIMONE FRANCESCA SCHMIDT, „Wenn die nordische stolze Rasse dem Jesuskind die Türe weist“ – Dokumente zur Theologie Paul Schneiders, in: Monatshefte für Evangelische Kirchengeschichte des Rheinlandes, 50. Jg., 2001, 345 – 360

FRITZ SCHELLACK, Der Hunsrücker Pfarrer und Widerstandskämpfer Paul Schneider, in: Hans-Georg Meyer und Hans Berkessel, (Hrsg.): Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz, Band 1: „Eine nationalsozialistische Revolution ist eine gründliche Angelegenheit.“, Mainz, 2000, S. 446 – 460

## Quellennachweise

Auszug aus dem Brief Schneiders an seine Großmutter vom 21. April 1933, aus: Antje Müller: Widerstand während des Nationalsozialismus in der Region Koblenz unter besonderer Berücksichtigung des Gedenkens und der didaktischen Vermittlung, Wissenschaftliche Prüfungsarbeit an der Universität Koblenz-Landau im Fach Geschichte, Erstgutachter: Prof. Dr. Schaaf, S.111

Auszug aus dem Brief Schneiders an den Superintendent Gillmann: Albrecht Aichelin: Paul Schneider (1897 – 1939), in: Karl-Joseph Hummel/Christoph Strohm (Hrsg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts, Leipzig/Kevelaer 2000, S. 83-84

Aufruf Paul Schneiders: Albrecht Aichelin: Paul Schneider (1897 – 1939), in: Karl-Joseph Hummel/Christoph Strohm (Hrsg.): Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts, Leipzig/Kevelaer 2000, S. 116 -117

Verfügung zur Versetzung Schneiders in den Wartestand, aus: Antje Müller: Widerstand während des Nationalsozialismus in der Region Koblenz unter besonderer Berücksichtigung des Gedenkens und der didaktischen Vermittlung, Wissenschaftliche Prüfungsarbeit an der Universität Koblenz-Landau im Fach Geschichte, Erstgutachter: Prof. Dr. Schaaf, S.116

## Kommentare zu Arbeitsblatt M21:

### Widerstand katholischer Seelsorger – Pfarrer Peter Helbach

Die ersten drei Arbeitsaufträge befassen sich mit dem Auszug aus Helbachs Chronik. In dieser Schrift schildert er in der Folge zahlreiche Einzelmaßnahmen. Es handelte sich hauptsächlich um gegen ihn gerichtete Zeitungsartikel, Anzeigen sowie behördliche Maßnahmen, die seinen Schulunterricht behindern oder zumindest einschränken sollten. Diese Maßnahmen waren nicht nur gegen seine Person, sondern ebenfalls gegen seine Kapläne sowie gegen jede kirchliche Aktivität in der Gemeinde Bad Hönningen gerichtet.

### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Helbach geht – zu Recht – von der Unvereinbarkeit von christlichem Glauben und der NS-Ideologie aus. Die nationalsozialistische Weltanschauung lässt mit ihrem totalen Geltungsanspruch keinen Raum für einen anderen Glauben (Z. 5 – 10).

Zu 2) Die Chronik zeigt, dass Helbachs Verhalten nicht

selbstverständlich war. Der Amtsbürgermeister ging zunächst von einer Kooperation zwischen Kirche und Behörde aus. Aus der Aussage des Bürgermeisters lässt sich schließen, dass er diese Zusammenarbeit von Helbachs Vorgänger gewohnt war (Z. 17 – 23).

Zu 3) Drei konkrete Maßnahmen benennt Helbach in diesem Auszug:

- die Drangsalierung von Jugendlichen, welche sich der Kolping-Familie anschließen wollten (Z. 27 – 31),
- eine Anzeige gegen Helbach wegen Verstoßes gegen den Kanzelparagraphen (Z. 31 – 33),
- Artikel gegen Helbach in der nationalsozialistischen Presse (Z. 34 – 37).

Die Maßnahmen haben das Anliegen, den Einfluss auf die Gemeinde, insbesondere auf die Jugend, einzudämmen. Man versucht, die Jugend von der Kirche fern zu halten und möchte den Priester mit Hilfe von Hetzartikeln sowie Anzeigen mundtot machen.

Die letzten drei Arbeitsaufträge befassen sich mit einem dieser Hetzartikel, von denen Helbach in seiner Chronik berichtet. Die Schüler/innen sollen an Hand dieses Beispiels erkennen, wie die Presse versuchte, NS-Gegner zu stigmatisieren und ihre Kritik am NS-Regime zu unterbinden.

Zu 4) Konkret ist hier der Vorwurf zu nennen, Helbach würde Gemeindemitglieder durch „gänzlich abwegige Betrachtungen“ verunsichern bzw. gegen den Staat aufbringen. Außerdem scheint Helbach sich vorzubehalten, ein unabhängiges Gemeindeblättchen zu veröffentlichen, aus dem ausschließlich die Gottesdienstzeiten zu erfahren sind (Z. 72 – 85).

Zu 5) Der Bericht spricht von einer hohen Besucherzahl. Den Teilnehmern wird die Bereitschaft unterstellt, den Nationalsozialismus gegen Abweichler zu verteidigen. Die Rede Dorns hat bei den Zuhörern Beifall ausgelöst. Das Volk wird schließlich mit den Zuhörern gleichgesetzt. Alle seien gegenüber den Taten der Geistlichen verständnislos. Nachdem die Namen der Widersacher genannt wurden, unterstellt der Artikel der Bevölkerung, dass sie den Kampf gegen die Gegner des NS-Regimes nicht scheue.

Zu 6) Die Aufgabe knüpft an die beiden vorhergehenden Aufgaben direkt an. Hier soll nun das Erarbeitete kritisch überprüft werden. Der Artikel soll Kritiker des NS-Regimes – hier konkret Peter Helbach – brandmarken. Die Bevölkerung soll gegen diese Kritiker aufgewiegelt werden. Der Artikel hat gegenüber dem Leser die Erwartungshaltung, dass er, sofern er sich als ech-

ter Nationalsozialist fühlt, diesen Kritikern den Kampf ansagt.

### Literaturhinweis

THOMAS MARTIN SCHNEIDER, Zwischen ideologischer Hilfeleistung und Fundamentalopposition. Evangelische Kirche im Nationalsozialismus und die Frage nach dem Widerstand. In: Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz 46 (2010), S. 67 - 94

### Quellennachweise

Aus der Chronik des Pfarrers Helbach. In: Friedensinitiative Bad Hönningen (Hrsg.): Die sich des Vergangenen nicht erinnern, sind dazu verurteilt, es noch einmal zu erleben. Dokumentation über den Nationalsozialismus in Bad Hönningen. O. O, (1985), S. 41-53  
Feinde des Wiederaufbaues. In: Neuwieder Zeitung, 19.8.1935, Seitenzahl unbekannt

### Kommentar zu Arbeitsblatt M22:

#### Widerstand durch die „Bekennende Kirche“

Es ist keine Untertreibung, dass man bei den Ereignissen in Oppenheim während der NS-Zeit von einem regelrechten Kirchenkampf sprechen kann. Die Materialien des Arbeitsblattes beziehen sich auf die Ereignisse von 1934 bis 1936 und beleuchten auch hier nur Ausschnitte. Der Kampf wurde von beiden Seiten leidenschaftlich geführt, es ließen sich noch viele Beispiele dafür nennen. Auf beiden Seiten schalteten sich Vertreter der Behörden bis in die Reichsebene hinauf ein. Der Kampf wurde 1936 – ähnlich wie hier beschrieben, nur mit teils anderen Akteuren – fortgeführt und fand erst mit der Absetzung des letzten DC-Pfarrers Alfred Mitzenheim durch die Alliierten im Juli 1945 ein Ende. Leider ist das Material für eine Schulstunde zu umfangreich, so dass hier nur die erste Phase des Oppenheimer Kampfes um die Kirchenhoheit beleuchtet werden kann.

Das Material ist auch deshalb für den Schulgebrauch interessant, da es als Beispiel die Zerrissenheit der evangelischen Kirche in der Frage, wie man zum Nationalsozialismus stehe, an Hand eines anschaulichen Beispiels aus Rheinhessen verdeutlicht. Allerdings muss hier vor Generalisierung gewarnt werden, da das Verhalten der evangelischen Kirche stark von den jeweiligen Protagonisten vor Ort abhing und die einzelnen Kirchengemeinden unterschiedliche Positionen zum „Kirchenkampf“ eingenommen haben.

### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Diese Aufgabe dient der reinen Reproduktion, um den Schüler/innen einen Zugang zu den Ereignissen zu ermöglichen. Ein mögliches Ergebnis:

1934 – Schmelz wird Pfarrer der evangelischen Gemeinde Oppenheim

1935 – Pfarrer Hahn löst Pfarrer Schmelz offiziell ab; Schmelz bleibt Pfarrer der BK, Schmelz steht für die „Deutschen Christen“: die evangelische Kirche in Oppenheim ist gespalten

1936 – Beide Pfarrer werden schließlich abgelöst, neuer Amtsinhaber wird schließlich Pfarrer Kloß

Deutsche Christen/ Reichskirche	Bekennende Kirche
Pfarrer Hahn	Pfarrer Schmelz
Evangelische Landeskirche Hessen-Nassau	Kirchenvorstand der Gemeinde Oppenheim
Einige Funktionsträger der NSDAP	Großteil der Gemeinde Oppenheim

Zu 2) Hier ist eine Fortführung der Tabelle der ersten Aufgabe denkbar:

Deutsche Christen/ Reichskirche	Bekennende Kirche
Setzen Pfarrer Schmelz ab und DCler Hahn ein	Gründen eigene, inoffizielle Gemeinde mit Schmelz
Sperren BK aus der Kirche aus	Halten Gottesdienste in Privaträumen ab
Erklären alleinige Zuständigkeit für Oppenheim	Erreichen über Verhand- lungen Öffnung der Kirche
Übernehmen Schulunterricht	Kirchenvorstand wider- setzt sich allen Bestimmungen
Setzen Kirchenvorstand ab	
Läuten nur für die eigenen Predigten die Glocken	
Predigten der BK werden stenografiert	
Mitglieder der BK werden beobachtet	

Zur Mitschrift der Predigten: Die Tatsache, dass die Predigten stenografiert wurden, lässt Spielraum für Interpretationen zu. Die Schüler/innen können mit Recht darauf verweisen, dass auch Mitglieder der BK die Reden von Schmelz mitgeschrieben haben könnten, um dann die Predigt zu verbreiten – oder um sich gegen fingierte Vorwürfe verteidigen zu können. Dass die Gegenseite hier stenografierte, um Beweismittel für eine Anklage zu sammeln, ist allerdings nicht nur vom Kontext der Chronik aus wahrscheinlicher. Es sind auch Fälle bekannt, wo NS-Behörden Mitschriften aus Predigten für Schutzhaftbefehle und Anklagen verwendeten.

Zu 3) Es sollte im Unterrichtsgespräch kurz darauf eingegangen werden, warum die Anhänger der Bekennenden Kirche beobachtet und die Predigten aufgezeichnet wurden, damit den Schüler/innen deutlich wird, dass diese Opposition kein ungefährliches Unterfangen war. Hier wurde offensichtlich Beweismaterial gesammelt. Den Akteuren der BK drohte Gefängnis oder gar Konzentrationslager.

Zu 4) Die Schüler/innen fassen die neu gewonnenen Erkenntnisse nun zusammen, indem sie den Charakter der jeweiligen Maßnahmen kurz skizzieren: Die „Deutschen Christen“ versuchen, sich mit Druck von den offiziellen Stellen „von oben herab“ gegen die BK durchzusetzen. Man weiß die Landeskirche und den NS-Machtapparat hinter sich und nutzt dies auch aus. Die „Bekennende Kirche“ hingegen hat den Großteil der Gemeinde hinter sich. Sie weicht dem Druck der „Deutschen Christen“ aus, in dem sie sich entweder taub stellt, ins Private ausweicht oder versucht, zu verhandeln. Verhandlungen zum Zwecke einer Lösung des Konflikts wurden sowohl in Oppenheim selbst geführt. Es wurden aber auch übergeordnete Stellen bis hin zu Reichskirchenminister Kerrl kontaktiert.

Zu 5) Die Aufgabe dient als Anknüpfungspunkt zu verwandten Themen des Kapitels Nationalsozialismus. Ein wichtiges Element nationalsozialistischer Herrschaftspolitik wird deutlich: Die Jugend sollte für die Ziele der NSDAP gewonnen werden. Dies wurde zum einen über die außerschulischen NS-Organisationen, zum anderen aber auch durch Indoktrination im Schulunterricht erreicht. Die Maßnahme, Pfarrer Schmelz als Mitglied der Bekennenden Kirche den Unterricht zu entziehen und dem NS-Parteigänger Hahn zu übergeben, ist Beispiel für diese Politik.

### Literaturhinweise

MARTIN HELD, Der evangelische Kirchenkampf in Oppenheim. In: Oppenheimer Hefte 13 (1996), S. 2 - 37

THOMAS MARTIN SCHNEIDER, Zwischen ideologischer Hilfeleistung und Fundamentalopposition. Evangelische Kirche im Nationalsozialismus und die Frage nach dem Widerstand. In: Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz 46 (2010), S. 67 - 94

### Quellennachweise

Aufzeichnungen über den Kirchenkampf in der evangelischen Gemeinde Oppenheim in den Jahren 1934 bis 1945: des Kirchenarchivs Oppenheim: Kirchenarchiv

Oppenheim (unverzeichnet)

Brief der Landeskanzlei der evangelischen Landeskirche Nassau-Hessen vom 30.7.1935: Kirchenarchiv Oppenheim (unverzeichnet)

Foto. Dr. Walter Nohl, Oppenheim

### Kommentare zu Arbeitsblatt M23:

#### Widerstand aus der evangelischen Kirche – Johannes Bähr

Das hier dargestellte Beispiel des evangelischen Pfarrers Johannes Bähr kann den Schüler/innen verdeutlichen, dass einzelne evangelische Geistliche auch dann zu mutigem Oppositionsverhalten fähig waren, wenn es nicht nur im engeren Sinne um die Belange bzw. Autonomie der Kirche ging. Bähr beließ es auch nicht etwa bei einer Kritik des sogenannten „Arierparagraphen“, auf dessen Grundlage das NS-Regime die Entfernung evangelischer Geistlicher „jüdischer Abstammung“ aus ihren Ämtern forderte, sondern übte tätige Solidarität mit jüdischen Menschen, ein auch unter Mitgliedern der „Bekennenden Kirche“ eher seltenes Verhalten.

### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Die Schüler/innen sollen aus den beiden Briefen herausarbeiten, dass auch hier eine gezielte Denunziation durch einen Gendarmeriebeamten zur Bekanntmachung des Falls der jüdischen Mitglieder des Diakonissenvereins und damit zur offiziellen Anfrage der Bezirksregierung führte. Die übergeordnete Instanz des Protestantischen Landeskirchenrates der Pfalz zwingt den Pfarrer nun zur Stellungnahme.

Zu 2) Der Pfarrer lehnt einen Ausschluss der jüdischen Familien aus dem Diakonissenverein und damit die Verweigerung der krankenflegerischen Maßnahmen rigoros ab. Er beruft sich dabei auf seine Pflichten als Mensch und als Christ, führt weiterhin aus – um Zeit zu gewinnen – dass das Problem auch andernorts bestehe und zunächst allgemein geregelt werden müsse, wobei das „elementare Gebot christlicher Barmherzigkeit“ beachtet werden müsse. Er erklärt seine Bereitschaft an einer angemessenen Lösung mitzuarbeiten und verweist abschließend darauf, dass selbst staatliche Einrichtungen (im NS-Staat!) arbeitslosen und mittellosen Juden die Hilfe der Wohlfahrtsunterstützung nicht versagen.

Zu 3) Das in den Erinnerungen Pfarrer Bährs geschilderte Verhalten nach der Pogromnacht vom 9./10.

November 1938 belegt ebenfalls die mutige Oppositionshaltung des Geistlichen, die wiederum aus einer christlich-menschenrechtlichen Perspektive begründet wird. Auch hier geht es nicht um die Autonomie oder den Bestand der evangelischen Kirche, sondern um das Eintreten für die aus rassistischen Gründen verfolgte jüdische Minderheit.

### Literaturhinweise

KARL HEINZ DEBUS, Die großen Kirchen unter dem Hakenkreuz. Kirchen und Religionsgemeinschaften in der Pfalz 1933 - 1945. In: Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Hrsg. v. Gerhard Nestler u. Hannes Ziegler. Landau/Pfalz <sup>2</sup>1997, S. 227 - 272

KARL HEINZ DEBUS, Kreuz gegen Hakenkreuz. Kirchen in der Pfalz im Alltag. In: Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Hrsg. v. Gerhard Nestler u. Hannes Ziegler. Landau/Pfalz <sup>2</sup>1997, S. 273 - 292

KARL HEINZ DEBUS, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz – Die Rolle der christlichen Kirchen zwischen Anpassung und Widerstand im NS-Staat am Beispiel der Pfalz. In: Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz. Bd. 1: „Eine nationalsozialistische Revolution ist eine gründliche Angelegenheit“. Hrsg. v. Hans-Georg Meyer u. Hans Berkessel. Mainz 2000, S. 182 -207

THOMAS FANDEL, Konfession und Nationalsozialismus. Evangelische und katholische Pfarrer in der Pfalz 1930 - 1939. Paderborn u.a. 1997 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, 76)

### Quellennachweise

Nachlass Pfarrer Bähr (Privatsammlung Margarethe Müller-Bähr)

### Kommentare zu Arbeitsblatt M24:

#### Widerstand aus der katholischen Kirche – Wilhelm Caroli

Caroli war ein grundsätzlicher Gegner der NS-Ideologie. In seinen Worten und Taten berief er sich auf das Konkordat und die Freiheit des religiösen Bekenntnisses. Er ging dabei keiner Konfrontation aus dem Weg, aber die Reaktionen darauf offenbaren auch drastisch das Missverhältnis zwischen der zur Schau getragenen Kirchenfreundlichkeit des Staates und dem konkreten Handeln vor Ort.

Caroli erfuhr Unterstützung durch seine Kirchengemeinde, hatte auf Bistumsebene aber keinen leichten

Stand. Er galt als Querkopf, der bereits vor 1933 mehrfach mit dem Bischof aneinandergeraten war. Wenngleich das Bischöfliche Ordinariat sich zunächst vor ihn stellte und die Einmischung staatlicher Stellen in Angelegenheiten der Kirche zurückwies, war man doch auf lange Sicht nicht daran interessiert, die Konfrontation zwischen Staat und Kirche auf die Spitze zu treiben. Mehrfach wurde Caroli intern der Wechsel in eine andere Pfarrei nahegelegt, was dieser aber jedes Mal ablehnte.

Bereits vor seiner Verurteilung hatte ihm die Gestapo Neustadt im April 1937 ein Aufenthaltsverbot für die Pfalz und das Saargebiet erteilt. Damit wurde ihm die weitere Tätigkeit als Pfarrer in der Diözese Speyer unmöglich gemacht. Nachdem Caroli es abgelehnt hatte, freiwillig zurückzutreten, enthob ihn der Bischof seines Amtes. Caroli zog daraufhin zu Verwandten in die Eifel und übernahm Vertretungen für katholische Pfarrer. Nach einer Predigt zur Euthanasie wurde er 1941 verhaftet und schließlich ins KZ Dachau gebracht, wo er 1942 an den Folgen einer Darmerkrankung starb.

### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Bei der Bearbeitung der Quellen sollte herausgestellt werden, dass das Vorgehen gegen den Pfarrer einem bekannten Muster folgte: Nachdem Einschüchterungsversuche und offene Drohungen erfolglos blieben, wurde als nächste Stufe körperliche Gewalt angewendet (abgesehen von dem Überfall auf Kirche und Pfarrhaus war Caroli bereits im Juni 1933 nachts auf der Straße zusammengeschlagen worden). Interventionen bei der Kirchenleitung fruchteten zunächst ebenfalls nicht, so dass als letztes Mittel, Caroli mundtot zu machen, nur eine Anklage blieb. Das Verhalten der Justiz zeigt drastisch, welche fadenscheinige Begründungen für Haftstrafen ausreichten und wie willkürlich dabei verfahren wurde. Die absichtliche Zurückhaltung der Polizei bei dem Überfall und die Straffreiheit für die Randalierer passen ebenfalls in dieses Bild.

Zu 3) Der Streit um die Beflaggung der Kirche zeigt exemplarisch, dass es praktisch unmöglich für den Pfarrer war, nicht gegen das Gesetz zu verstoßen, wenn er auch nur die Neutralität der Kirche wahren wollte. De facto gab es permanent Anlass, an der Kirche die Hakenkreuzflagge zu hissen, obwohl diese Feiertage nichts mit dem kirchlichen Festkalender zu tun hatten.

Zu 4) Die Rechercheaufgabe eignet sich für ein Schülerreferat. Zur Sprache kommen sollte dabei das Reichskonkordat, infolgedessen die katholische Kirche ihre

bisherige Kritik revidierte und sich auf die Bewahrung ihrer im Konkordat zugesicherten institutionellen Sonderrechte konzentrierte. Rasch zeigte sich jedoch, dass das NS-Regime das Konkordat fortwährend brach, wie am Beispiel Carolis sichtbar wird. 1937 erschien die päpstliche Enzyklika „Mit brennender Sorge“, in der Papst Pius XI. die Konkordatsbrüche anklagte. Nach der Verlesung der Enzyklika von den Kanzeln erreichten die Verfolgungen von katholischen Geistlichen in Deutschland einen Höhepunkt. Nach Kriegsbeginn waren die „Euthanasie“-Morde Gegenstand kirchlichen Protestes; prominentester Kritiker war der Münsteraner Bischof von Galen. Hervorzuheben ist, dass beide Amtskirchen zur Verfolgung der Juden schwiegen – weder zu den Nürnberger Gesetzen, noch zur Reichspogromnacht gab es öffentliche Proteste. Generell lässt sich sagen, dass die Amtskirchen im Umgang mit dem NS-Regime bestenfalls ihre eigenen Besitzstände verteidigten. Widerständige Aktionen wie die Carolis blieben das Werk Einzelner.

### Literaturhinweise

THOMAS FANDEL, Konfession und Nationalsozialismus. Evangelische und katholische Pfarrer in der Pfalz 1930 – 1939. Paderborn u. a. 1997  
EVA WETZLER, Die Katholische Kirche und der Nationalsozialismus in Ludwigshafen 1933 – 1945. 2. verb. Aufl. Speyer 1994

### Quellennachweise

Brief des Ortgruppenleiters: Wetzler, S. 183. Original ABSp (Archiv des Bistums Speyer) BO 28/19 fol. 15  
"Brief des bischöflichen Ordinariats": Wetzler, S. 192 f. Original ABSp BO 28/10 fol. 134 ff.  
Urteil des Sondergerichts: Wetzler, S. 200 f. Original ABSp BO 28/10 fol. 23 ff.

### Kommentare zu Arbeitsblatt M25:

#### Widerstand aus dem Bürgertum – Rudolf Löffler (Pfalz)

Sondergericht Frankenthal: Unmittelbar nach der Machtübernahme wurden in allen Oberlandesgerichtsbezirken ein Sondergericht eingerichtet. Die Zuständigkeit dieser Gerichte erstreckte sich auf Tatbestände wie Hochverrat, Aufruhr, Landfriedensbruch sowie Verstöße gegen das „Heimtückegesetz“, das die missbräuchliche Benutzung von Parteiabzeichen und -uniformen sowie kritische Äußerungen, die angeblich

das Wohl des Reiches, das Ansehen der Regierung oder der NSDAP schädigten, unter Strafe stellte. Um die Verfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen, betrug die Frist für die Vorladung des Angeklagten nur drei Tage. Eine Beweiserhebung konnte das Gericht ablehnen, die Urteile waren sofort rechtskräftig, Rechtsmittel konnten nicht eingelegt werden. Nach Kriegsbeginn wurde die Tätigkeit der Sondergerichte ausgeweitet; sie sollten als „Standgerichte der inneren Front“ dienen.

### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Für Löffler verhängte das Sondergericht Frankenthal mehr als ein Jahr Haft, danach folgte eine längere Arbeitslosigkeit, die wahrscheinlich auf seine politische „Belastung“ zurückzuführen ist.

Zu 2) Magdalena S. macht keinen Versuch, Löffler zu schützen; sie scheint damit zufrieden zu sein, dass dem „Schwarzen“ eine Lektion erteilt wird. Ähnlich äußert sich der Polizeibeamte: Löffler gilt als „fanatischer“ Katholik und damit als politisch unzuverlässig.

Zu 3) Hier sollte im Unterrichtsgespräch herausgestellt werden, dass ab den 1940er Jahren die Urteile in vergleichbaren Fällen deutlich härter ausfallen.

Zu 4) Der Zeitungsartikel ist tendenziös und abwertend, keineswegs neutral („Ein klatschsüchtiges Weib“), sondern Position beziehend; vergl. auch die Wortwahl „kommunistische Plakate“ (es sind Zettel, deren Inhalt nichts mit kommunistischer Propaganda zu tun haben).

Zu 5) Art. 5 (Grundrecht der freien Meinungsäußerung) würde Löfflers Protest decken.

### Literaturhinweise

GERHARD NESTLER/HANNES ZIEGLER (HRSG.), Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Eine deutsche Provinz während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Landau 1993, S. 317 – 320  
darin zum Thema Sondergerichte: WOLFGANG BALL, „Panzertruppe der Rechtspflege“. Die Tätigkeit der Sondergerichte in der Pfalz während der Herrschaft des Nationalsozialismus, S. 141–160

### Quellennachweise

Frankenthaler Zeitung vom 2. Juli 1936: Stadtarchiv Frankenthal  
Textauszug aus Nestler/Ziegler, Die Pfalz unterm Hakenkreuz, Landau 1993, S. 317 – 320

## Kommentare zu Arbeitsblatt M26:

### Jugendwiderstand – die Michaeltruppe (Raum Koblenz)

Zum Jugendwiderstand sind für das Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz nur wenige Beispiele belegt. Hier wird das – durch die Bereitschaft auch zum bewaffneten Kampf – außergewöhnliche Beispiel der katholischen Jugendgruppe „Michaeltruppe“ aus dem Raum Koblenz vorgestellt. Die vergleichsweise harten Strafen (Verschärfung der Strafmaße seit Kriegsbeginn!) bedeuteten für einzelne Mitglieder der „Michaeltruppe“ nach Verbüßung der Strafe in einem Jugendstraflager die Fortsetzung der Haft in einem Jugend-KZ und die Heranziehung zur Zwangsarbeit. Diese „Häftlingskarriere“ bietet Anlass zu weiteren Recherchen sowohl zur Burg Stahleck bei Bacharach als auch zum Jugend-KZ Moringen anzustellen.

#### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Neben dem Ziel Gleichaltrige aufzuklären, sie in ihrem (katholischen) Glauben zu bestärken und zum aktiven Widerstand zu überzeugen, bereitete sich die Gruppe auch auf eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Vertretern der Staatsmacht vor. Allerdings hielt Willi Lohner Waffen und Sprengstoff bei sich unter Verschluss. Eine Bewaffnung und das Mitführen der Waffen, wie im Gestapo-Bericht angedeutet, hat es so nicht gegeben. Bei den erwähnten illegalen Zusammenkünften wurden Informationen ausgetauscht und Predigten des Kardinals von Galen verlesen.

Zu 2) Die Michaeltruppe war streng hierarchisch und militärisch organisiert: Es gab einen Bezirks- und einen Kreiskommandanten und mehrere Gruppen. Geheimhaltung war oberste Pflicht, auch gegenüber den Eltern und Vertretern der Kirche. Informationen sollten nur per Kurier zugestellt werden. (Der Verstoß Hans-Clemens Weilers gegen diese Regel führte zur Verhaftung der Gruppenmitglieder.) Der Sprachgebrauch innerhalb der Truppe war dem Militär entlehnt.

Zu 3) An dieser Stelle könnte über die Aufgaben und Organisation des Reichssicherheitshauptamtes informiert werden, verbunden mit einer kritischen Reflexion über die zur Disziplinierung von Kindern und Jugendlichen angewandten Maßnahmen des NS-Staates.

Zu 4) In seinem Beitrag „Widerstand auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz – ein Überblick“ im Text-

teil dieses Bandes (S. 48 bis 50) gibt Dr. Axel Ulrich auch einen kurzen Überblick zum Widerstand Jugendlicher auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz. Der Umgang mit anders denkenden Jugendlichen kann am besten über die „Michaeltruppe“ hinaus an konkreten Beispielen aufgezeigt werden. Dabei bieten sich folgende Gruppen an:

- Swing-Jugend
- Weiße Rose
- Edelweißpiraten

Daneben könnten Geschichte und Funktion des bereits erwähnten Jugendkonzentrationslagers Moringen bei Göttingen und des brandenburgischen KZ Uckermark für Mädchen und junge Frauen von Schülergruppen erarbeitet und in der Klasse vorgestellt werden.

Zu 5) Zur Geschichte der Burg Stahleck: 1933 HJ-Jugendherberge; 1938 und 1939 Ort für Schulungen für Jugendliche und junge Erwachsene zur Indoktrination mit nationalsozialistischem Gedankengut; 1940 – 1942 Wehrmachtlazarett.

Am 30. August 1942 rief Gauleiter Gustav Simon im dem Deutschen Reich einverleibten Großherzogtum Luxemburg die Wehrpflicht aus. Daraufhin brach in Luxemburg eine Streikbewegung aus. Hochburg der streikenden Schüler war die „Staatliche“ Oberschule für Jungen“ in Esch an der Alzig. 184 Schüler, davon 94 aus Esch, wurden zum deutschen Drill auf die Burg Stahleck bei Bacharach gebracht. Den Eltern dieser Jugendlichen war nur mitgeteilt worden, dass der Gauleiter ihnen aufgrund der Mitwirkung ihres Kindes an einem Schulstreik die Erziehungsberechtigung entzogen habe und dass ihr Sohn „einem Erziehungslager der Hitler-Jugend im Reich“ zugewiesen werde. Über den genauen Aufenthaltsort ihrer Kinder wurden die Eltern vorerst im Unklaren gelassen. Die meisten Jugendlichen durften erst, nachdem sie vier Monate lang festgehalten und gepeinigt worden waren, wieder zu ihren Familien zurückkehren.

Ab Januar 1943 diente die Burg als Straflager für deutsche Jugendliche, 1944 als Jugenddienstlager und Wehrrtüchtigungslager.

#### Literaturhinweise

WOLFGANG P. FISCHER, Die Michaeltruppe. Schüler des Stiftsgymnasiums Andernach im Widerstand gegen das NS-Regime, in: Nachrichten der Vereinigung ehemaliger Salentiner, Nr. 26, März 1985, S. 6 – 13  
PERSONENTAFEL NR.26, Willi Lohner, Hans-Clemens Weiler und die Michaeltruppe, Förderverein Mahn-

mal für die Opfer des Nationalsozialismus in Koblenz e.V., <http://mahnmal-koblenz.de> (letzter Zugriff am 14.11.2010)

BLÄTTER ZUM LAND 2/2001, Die Burg Stahleck – in der NS-Zeit nicht nur Jugendherberge. Hrsg. Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz. Diese Publikation kann im Klassensatz bei der Landeszentrale bezogen werden.

### Quellennachweis

Gestapo-Bericht: Landeshauptarchiv Koblenz, Bestand 403 Nr. 16939

### Kommentare zu Arbeitsblatt M27:

#### Hilfe für verfolgte Juden – Josef Heinen (Bad Neuenahr-Ahrweiler)

##### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 1) Die Schüler/innen sollen die Informationen der unterschiedlichen Texte in eigenen Worten kurz schriftlich zusammenfassen. Die Rettungstat konnte nur dank der Dorfgemeinschaft in Liers erfolgreich sein. Voraussetzung für das Gelingen war, dass niemand Heinen bei der Gestapo denunzierte und einige Bewohner ihn sogar aktiv bei der Versorgung der Versteckten unterstützten.

Zu 2) Hier sollten die unterschiedlichen Quellengattungen thematisiert werden. Der Zeitungsbericht stellt die Feierlichkeiten bei der Verleihung in den Mittelpunkt, während die Vorschlagsbegründung stärker den Sachverhalt darstellt.

Zu 3) Für Josef Heinen war es eine Selbstverständlichkeit, seinen Geschäftsfreund und dessen Eltern vor der drohenden Deportation zu schützen und sie vier Jahre lang mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Dies traf erwiesenermaßen nicht für die Mehrheit der nichtjüdischen deutschen Bevölkerung zu.

Zu 4) Yad Vashem ist weltweit die bedeutendste Holocaust-Gedenkstätte mit Sitz in Jerusalem. Sie verleiht den Preis der „Gerechten unter den Völkern“ an Nichtjuden, die nachweislich uneigennützig Juden gerettet haben. Bis heute haben 23.226 Personen diese Auszeichnung erhalten, darunter 476 Deutsche. (Stand: Juli 2010)

Josef Heinen war der 55. Deutsche, dem diese Ehre zuteil wurde.

### Literaturhinweis

GÜNTHER SCHMITT, „Josef Heinen ... ein Gerechter unter den Völkern“ : [www.alt-ahrweiler.de/7-30-20-01.htm](http://www.alt-ahrweiler.de/7-30-20-01.htm) (letzter Zugriff: 14.11.2010)

### Quellennachweise

Rhein-Zeitung 05.01.1971, Ausgabe Ahrweiler, Seite 4. Vorschlagsliste Nr. 1151/1-9 für die Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, 10.11.1970.

### Kommentare zu Arbeitsblatt M28:

#### Widerstand von Einzelpersonen – Elisabeth Groß (Worms)

In dem in diesem Band enthaltenen Artikel von Angelika Arenz-Morch, Widerstand in Rheinhessen (S. 70/71 u. 80 - 82) werden die Lebensläufe von Luise Ott und Elisabeth Groß detailliert dargestellt. Vor dem Hintergrund dieser Informationen wäre folgende Aufgabenstellung möglich:

Vergleiche die Lebensläufe von Elisabeth Groß und Luise Ott. Worin bestand ihr politisches Engagement? Was resultierte daraus für ihr privates Leben?

##### Hinweise zu einzelnen Arbeitsaufträgen

Zu 2)

a) Die KSSVO, nach der u.a. Wehrkraftzerstörung mit der Todesstrafe geahndet werden konnte, wurde am 17.8.1938 beschlossen. Als Wehrkraftzerstörung galten neben Wehrdienstentziehung, Selbstverstümmelung, Anstiftung zur Fahnenflucht auch öffentliche Aufforderungen zur Dienstpflichtverweigerung in der Wehrmacht. Die zunehmende Radikalisierung der Justiz (insbesondere durch den „Volksgerichtshof“) führte dazu, dass jedwede Kritik am Nationalsozialismus, am Krieg oder an Adolf Hitler auch im nichtöffentlichen Bereich, wie im Falle der Elisabeth Groß, als Defätismus und Wehrkraftzerstörung vermehrt mit der Todesstrafe geahndet wurde.

b) Die Schüler/innen sollen die expliziten Bezugsrahmen auf damals geltendes Recht herausarbeiten und diese ins Verhältnis zu den Äußerungen der Groß setzen, die diese in ihrer eigenen Wohnung gemacht hatte. Das Urteil stützt sich ausschließlich auf die Zeugenaussage einer Person, nämlich die des Zeugen Kurt G. Hervorgehoben werden sollte die Aussage, dass „ihm

die Angeklagte jetzt „reif“ schien“ (siehe Quelle Zeile 52/53), da auch die Verteidigung von Elisabeth Groß immer wieder darauf hinwies, dass Kurt G. sie mit dem Vorsatz, das Gespräch in entsprechende Bahnen zu lenken, besucht hätte. Kurt G. war mit der Tochter eines Wormser SS-Sturmführers verlobt, die ihm half, weitere Aussagen gegen Frau Groß zu sammeln. Die angehende Schwiegermutter begleitete Kurt G. zu seiner Anzeige auf die NSDAP-Kreisleitung Worms.

Der Gesundheitszustand der Angeklagten wirkte sich nicht strafmildernd aus. Es böte sich hier die Möglichkeit, weitere „Volksgerichtshof“- Urteile zu thematisieren.

Die Härte dieses Urteils sollte in Verbindung mit seinem Zeithintergrund beurteilt werden: Die Verurteilung fand im letzten Kriegsjahr und am Tag unmittelbar nach dem Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 statt. Zuvor war E. Groß nahezu ein Jahr inhaftiert gewesen.

### **Literaturhinweise**

ANGELIKA ARENZ-MORCH, Wegen „wehrkraftzersetzender Äußerungen“ hingerichtet. Das Schicksal der Wormserin Elisabeth Groß und der Nachfolgeprozess gegen ihren Denunzianten. In: Mainzer Geschichtsblätter 12 ( 2000), S. 146 - 160

ANGELIKA ARENZ-MORCH, Politischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Rheinhessen – ein Überblick (im Textteil dieser Publikation)

WOLFGANG BENZ U. A. (HRSG.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus. 5., aktual. u. erw. Aufl. München 2007

### **Quellennachweis**

Todesurteil gegen Elisabeth Groß: Bundesarchiv Berlin, Z-C 9239